



## **Bericht**

**der Landesregierung**

### **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003**

Federführend ist der Minister für Finanzen und Energie.



Drucksache 14/2342

# **Finanzplan**

*des Landes Schleswig-Holstein*

**1999 bis 2003**

Stand: 06. Juli 1999

Aufgestellt  
vom Ministerium für Finanzen und Energie  
und beschlossen  
von der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein

## Gliederung

	<u>Seite</u>
<b>I. Vorbemerkung</b>	5
<b>II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans</b>	
1. Wirtschaftliche Rahmendaten	6
2. Finanzielle Lage des Landes/Haushaltsstruktur	12
3. Eckdaten des Finanzplans 1999 - 2003	23
4. Aufgabenschwerpunkte	24
<b>III. Die Einnahmenseite des Finanzplans</b>	
1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	29
2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	30
3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	31
4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen	32
5. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	32
<b>IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans</b>	
1. Personalausgaben	34
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	36
3. Ausgaben für den Schuldendienst	37
4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke	40
5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen	41
<b>V. Kommunaler Finanzausgleich</b>	
1. Kommunaler Finanzausgleich	43
2. Steuereinnahmen der Kommunen	45

<b>VI.    Schwerpunkte überwiegend wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen</b>	
1.    Zukunftsinitiative SH 2000	46
2.    Förderung der Bildung	50
3.    Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	51
4.    Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	52
5.    Energieeinsparung	52
6.    Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume	53
7.    Landesinitiative Informationsgesellschaft	53
8.    EXPO 2000	53
9.    Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen	54
10.   Verkehrsbereich	58
11.   Innere Sicherheit und Justiz	59
12.   Agrarhaushalt	61
13.   Aufforstungen	61
14.   Umwelt	62
15.   Frauenpolitische Maßnahmen	62
16.   Förderung des Wohnungsbaues	63
17.   Städtebauförderung	64
18.   Baumaßnahmen im Hochschulbereich	65
19.   Gesundheitswesen	66
20.   Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich	67
21.   Asyl- und Ausländerrecht	70
22.   Staatlicher Hochbau (ohne Hochschulbau)	70

## Anlagen

- 1 Gesamteinnahmen
- 2 Gesamtausgaben
- 3 Finanzierungsübersicht
- 4 Steueraufkommen
- 5 Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben  
aufgrund von Bundesgesetzen
- 6 Aufteilung der Finanzausgleichsmasse
- 7 Sachinvestitionen und Investitions-  
förderungsmaßnahmen
- 8 Ausgaben für wesentliche Aufgabenbereiche  
nach Einzelplänen
- 9 Gruppierungsübersicht nach dem Schema des  
Finanzplanungsrates

## I. Vorbemerkung

### **1. Rechtsgrundlage**

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Der Finanzplan ist nach § 9 Abs. 3 StWG jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 50 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) vom 19. August 1969 bestimmt, daß der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist. Diesen gesetzlichen Bestimmungen trägt die Landesregierung mit der Vorlage des Finanzplans für das Land Schleswig-Holstein 1999 bis 2003 Rechnung.

### **2. Aufgabe der Finanzplanung**

Die Finanzplanung stellt eine wichtige Entscheidungshilfe für Parlament und Regierung dar. Sie zeigt vor allem auf, in welchem Umfang voraussichtlich Mittel für die Finanzierung der Aufgaben des Landes im mittelfristigen Zeitraum zur Verfügung stehen - aber auch, welche Vorausbelastungen aus bisherigen Maßnahmen zu erwarten sind und wie groß damit der Spielraum für die Übernahme neuer Aufgaben ist.

Der Finanzplan ersetzt nicht die Aufstellung der vom Parlament zu beschließenden jährlichen Haushaltspläne; ihm kommt vielmehr nur Programmcharakter zu. Er wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlußfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die konkrete Umsetzung der Finanzplanungsdaten in die Haushaltswirklichkeit erfolgt durch den Haushaltsplan des jeweiligen Jahres.

### **3. Planungszeitraum**

Nach § 50 Abs. 2 HGrG ist das erste Planungsjahr der Finanzplanung das laufende Haushaltsjahr. Grundlage dieser Finanzplanung ist mithin der Haushalt 1999. Die Werte für 2000 entsprechen dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Eigentliche Finanzplanungsjahre sind damit die Jahre 2001 bis 2003.

## II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans

### 1. Wirtschaftliche Rahmendaten

#### 1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Die jüngsten Wirtschaftsdaten für das erste Quartal 1999 deuten darauf hin, daß die seit dem 4. Quartal 1998 eingetretene Abschwächung des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik noch nicht überwunden ist. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das reale Wirtschaftswachstum lediglich um 0,7 % zu, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß im 1. Quartal 1998 aufgrund von Sondereffekten ein weit überdurchschnittlicher Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,9 % zu verzeichnen war. Etwas positiver fällt der Vergleich zum letzten Quartal des Vorjahres aus. Hier hat sich das reale Wachstum mit 0,4 % wieder etwas beschleunigt, nachdem es im 4. Quartal 1998 sogar leicht um 0,1 % gesunken war.

Maßgebliche Ursache für das schwache Wirtschaftswachstum war das Ausbleiben positiver Konjunkturimpulse im Außenhandelsbereich. Bei den Exporten war aufgrund der Nachwirkungen der Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika im ersten Quartal 1999 preisbereinigt sogar ein absoluter Rückgang um 0,8 % zu verzeichnen. Ein Gegengewicht zur rückläufigen Exportentwicklung bildete der mit real 2,2 % kräftige Anstieg des privaten Verbrauchs und die ebenfalls um real 1,2 % weiter angestiegenen Bruttoinvestitionen im privaten Bereich. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich damit zur wichtigsten Stütze für die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 1999.

Aufgrund der Wachstumsabschwächung zum Jahresbeginn sind auch die Wachstumserwartungen für das Gesamtjahr 1999 zurückgenommen worden. Gleichwohl gehen fast alle Prognosen davon aus, daß sich im Jahresverlauf 1999 die Wirtschaftsentwicklung wieder stärker beleben wird. Neben den anhaltenden Impulsen von der Inlandskonjunktur kann nach dem Abklingen der Krisen in Asien und Lateinamerika im Jahresverlauf auch wieder mit einer steigenden Exportnachfrage gerechnet werden. Hierfür spricht auch die weiterhin robuste Konjunktur in den USA, das Abklingen der Konjunkturschwäche in anderen westeuropäischen Ländern und die nach dem letzten "Ifo-Konjunkturtest" zu erwartende Zunahme des gesamten Welthandels um knapp 2 %.

Das Prognosespektrum für das reale Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik bewegt sich zwischen 1,2% und 2,0 %. Die Wirtschaftsforschungsinstitute hatten in ihrem Frühjahrsgutachten für das Gesamtjahr 1999 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,7 % prognostiziert. Die Bundesregierung hat ihre im Jahreswirtschaftsbericht vom Januar 1999 vorgelegte Jahresprojektion für 1999 bezüglich des realen Bruttoinlandsprodukts von

2,0 % auf 1,5 % revidiert. Auch die letzte Steuerschätzung vom Mai 1999 geht von dieser revidierten Zuwachsrate aus.

Mit als Folge des schwächeren Wirtschaftswachstums hat sich in den letzten Monaten die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr verbessert. Zwar sank die Zahl der Erwerbslosen aufgrund der saisonüblichen Frühjahrsbelegung im Mai wieder unter die 4 Millionen-Grenze, saisonbereinigt stagnierten jedoch die Arbeitsmarktzahlen im ersten Quartal und stiegen im Mai im Vergleich zum Vormonat sogar wieder leicht an.

Die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik verringerte sich im Mai 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % auf 10,2 %, sie liegt aber insbesondere in den neuen Bundesländern mit 17% weiterhin auf einem wirtschafts- und beschäftigungspolitisch nicht akzeptablen hohen Niveau. Positiv hervorzuheben sind die spürbaren Verbesserungen beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Hierzu hat das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Mit der erwarteten Belebung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 1999 dürfte sich im weiteren Jahresverlauf auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt wieder verbessern.

Neben dem Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungsbereich kann dabei auch im industriellen Bereich mit einer allmählichen Erhöhung der Beschäftigtenzahlen und im Baugewerbe zumindest mit einem geringeren Beschäftigungsabbau gerechnet werden.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrgutachten davon aus, daß sich im Jahresdurchschnitt 1999 die Arbeitslosenzahl um etwa 250 000 Arbeitslose verringert. Bei einem nur relativ schwachen Beschäftigungsanstieg wird hierzu maßgeblich der starke Rückgang des Arbeitsangebots beitragen, der vorwiegend demographische Ursachen hat.

Für das kommende Jahr 2000 gehen die Prognosen weitgehend übereinstimmend davon aus, daß sich der Konjunkturaufschwung sowohl im Euro-Raum als auch in der Bundesrepublik weiter festigen und an Breite gewinnen wird. Daneben zeichnen sich eine allmähliche Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung in Japan und in den südostasiatischen Ländern, günstigeren Wirtschaftsperspektiven für die mitteleuropäischen Reformstaaten, sowie ein weiterhin sehr robustes Wirtschaftswachstum in den USA ab. Insgesamt wird sich damit der Welthandel im Jahre 2000 wieder deutlich beleben.

Aufgrund der positiven weltwirtschaftlichen Impulse ist zu erwarten, daß im kommenden Jahr auch die Exportnachfrage wieder stärker expandiert und damit neben der Binnen- nachfrage zu einer zweiten Stütze der Konjunktur wird.

Mit den verbesserten Absatzaussichten beim Export bestehen gute Chancen, daß die temporäre Schwäche bei der privaten Investitionstätigkeit schon bald überwunden werden kann und im kommenden Jahr vor allem bei den Ausrüstungen wieder ein deutlicher realer Zu-

wachs erreicht wird. Auch bei den Bauinvestitionen zeichnet sich ab, daß die Talsohle zumindest in Westdeutschland bereits im laufenden Jahr durchschritten und im kommenden Jahr erstmals wieder ein leichter Anstieg erreicht werden könnte. Beim privaten Verbrauch wird trotz des erwarteten leichten Anstiegs der Verbraucherpreise auf etwa 1,5 % im Jahresdurchschnitt 2000 aufgrund der rückläufigen Arbeitslosenzahlen, der Einkommenszuwächse aus der Tarifrunde 1999 und den vorgesehenen weiteren steuerlichen Entlastungen insbesondere der Familien mit Kindern ein etwa gleich hoher realer Anstieg wie im laufenden Jahr erwartet.

Insgesamt sind damit die Chancen für eine Festigung und Verbreiterung des Wirtschaftsaufschwungs im kommenden Jahr 2000 nicht ungünstig. Dennoch sind Risiken mit internen und weltwirtschaftlichen Ursachen unverkennbar.

In der Bundesrepublik selbst kommt es entscheidend darauf an, daß die derzeit in vielen Bereichen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bestehende Verunsicherung über die künftige Entwicklung möglichst rasch beseitigt wird und damit der Wirtschaft verlässliche Rahmendaten für ihre Planungen zur Verfügung stehen. Vor allem im Bereich der künftigen Steuerpolitik und der weiteren Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme besteht ein akuter Handlungs- und Entscheidungsbedarf.

Darüber hinaus kommt es maßgeblich auch darauf an, daß es den europäischen Staaten insgesamt gelingt, die derzeitige Verunsicherung der internationalen Finanzmärkte durch eine glaubwürdige Strategie zur Überwindung der bestehenden Schwächen in der Wachstumsdynamik und den strukturellen Arbeitsmarktproblemen möglichst bald zu überwinden. Hierzu müssen nicht nur die in der Beitrittsphase zur gemeinsamen Währung international anerkannten Anstrengungen zur Einhaltung der Stabilitätskriterien und der Haushaltsdisziplin unvermindert weiter fortgesetzt, sondern auch zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zum Abbau der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern der Europäischen Union umgesetzt werden. Nur wenn es gelingt, hier nachhaltige Verbesserungen auch im Vergleich zu den USA zu erzielen, kann eine dauerhafte Schwäche des Euro mit all ihren negativen Auswirkungen auf die Kapitalmarktzinsen und die Stabilität der Währung vermieden werden. Es mag zwar zutreffen, daß die derzeitige Schwäche des Euro kurzfristig der Exportwirtschaft nicht ungelegen kommt, auf Dauer schafft jedoch nur eine stabile Währung die Rahmenbedingungen für eine positive Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung.

Nur wenn es gelingt, zügig und nachhaltig die dargestellten Hemmnisse für die weitere Wirtschaftsentwicklung auszubauen, kann damit gerechnet werden, daß das von der Bundesregierung erwartete reale Wirtschaftswachstum von 2,5 % im Jahre 2000 und von durchschnittlich 2, % im Finanzplanungszeitraum auch tatsächlich realisiert wird.

Der letzten Steuerschätzung vom Mai 1999 liegen folgende gesamtwirtschaftliche Eckdaten für die alten und die neuen Bundesländer zugrunde:

Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes in v.H.			
	1999	2000	Durchschnitt 1999 – 2003
<u>alte Länder</u>			
Nominal	3,0	3,5	3,5
Real	1,5	2,5	2,0
<u>neue Länder</u>			
Nominal	3,0	4,0	4,0
Real	2,0	3,0	2,5
<u>Bundesrepublik insgesamt</u>			
Nominal	3,0	3,5	3,5
Real	1,5	2,5	2,0

Trotz der erwarteten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird sich auch im kommenden Jahr die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur schrittweise entspannen.

Nach der Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute wird sich dabei die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum laufenden Jahr lediglich in Westdeutschland leicht erhöhen und Ostdeutschland nahezu stagnieren. Wenn sich gleichwohl die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 2000 um etwa 270 000 Personen verringert, so ist dies maßgeblich auf den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials aufgrund demographischer Faktoren zurückzuführen.

Ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit auf ein wirtschafts- und sozialpolitisch akzeptables Niveau ist bei einem dauerhaften realen Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 2,0 % bei Berücksichtigung des gleichzeitigen Produktivitätsfortschritts allein nicht erreichbar. Zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation sind deshalb zusätzliche strukturelle Maßnahmen in den Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern sowie flankierende steuer- und sozialpolitische Maßnahmen vor allem zur Senkung der Lohnnebenkosten erforderlich.

## 1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Im Gegensatz zur langfristigen Entwicklung seit Beginn der neunziger Jahre, in denen das reale Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder gelegen hatte, blieb im vergangenen Jahr 1998 der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts mit 1,8 % deutlich unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (2,8%) zurück. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die hiesige vorwiegend mittelständige Wirtschaft weniger konjunkturreagible Bereiche aufweist und damit von der starken Konjunkturbelebung in den konjunktur- und exportabhängigen Wirtschaftsbereichen, wie z. B. der Automobil- und Maschinenbaubranche, entsprechend weniger profitieren konnte. Es kam hinzu, daß im Bereich der Energiewirtschaft durch einen zeitweiligen Produktionsausfall im Kernkraftbereich die Stromproduktion um fast 18 % zurückging und auch im Bauhauptgewerbe Umsatzeinbußen hingenommen werden mußten. Bei den Dienstleistungsunternehmen nahm hingegen die Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein mit 4,9 % sogar etwas stärker zu als in Westdeutschland insgesamt.

Ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet haben sich die Wirtschaftsentwicklung und das Stimmungsbild bei den Konjunkturumfragen auch in Schleswig-Holstein bereits im 4. Quartal 1998 deutlich verschlechtert. Nach den bisher vorliegenden Daten ergab sich auch im ersten Quartal 1999 insgesamt noch keine durchgreifende Verbesserung. Allerdings nahm der Auslandsumsatz im verarbeitenden Gewerbe durch Großaufträge im ersten Quartal um mehr als 16 % im Vergleich zum Vorjahr zu. Gleichzeitig erhöhten sich im gleichen Zeitraum auch die Auftragseingänge aus dem Ausland um mehr als 30 %. Beim Inlandsumsatz war nach einer rückläufigen Entwicklung zum Jahresbeginn erstmals im März wieder ein Zuwachs von rd. 4 % zu verzeichnen. Auch im Einzelhandel, dem Gastgewerbe und dem Fremdenverkehrsbereich sind seit März wieder Besserungstendenzen erkennbar. Im Bereich des Bauhauptgewerbes war hingegen sowohl beim Umsatz als auch beim Auftragseingang ein weiterer Rückgang zu verzeichnen.

Bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung laufenden Jahr 1999 in Schleswig-Holstein lassen sich derzeit noch keine gesicherten Aussagen treffen. Wie im Bundesgebiet insgesamt dürfte dabei ausschlaggebend sein, ob sich im Zuge der verbesserten Exportaussichten zusätzliche Impulse auch für die Binnenkonjunktur ergeben.

Auf dem Arbeitsmarkt ist seit dem Herbst vergangenen Jahres eine Trendwende bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zu beobachten. Im Oktober 1998 ging die Arbeitslosenquote zum dritten Mal nacheinander im Vergleich zum Vorjahr zurück. Auch im Dezember 1998 lag die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein mit 10,2 % niedriger als im Vor-

jahr (10,6 %). Mitbegünstigt durch die saisonale Frühjahrsbelebung sank die Arbeitslosenquote in den letzten Monaten weiter auf zuletzt 9 % im Mai 1999.

Die Zahl der Arbeitslosen sank im Mai 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 % auf rd. 118 000 Personen. Vor allem im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen war dabei die Personalnachfrage deutlich stärker als im Vorjahr.

Auch bei der Kurzarbeit und der Jugendarbeitslosigkeit war im Mai 1999 sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Bundesgebiet lag die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein im Mai 1999 mit 9,0 % zwar unter der entsprechenden Quote für das gesamte Bundesgebiet von 10,2 %, aber weiterhin über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder von 8,6 %. Nach wie vor ist jedoch die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein geringer als in den übrigen norddeutschen Bundesländern einschließlich von Nordrhein-Westfalen. Unter allen 16 Bundesländern hat Schleswig-Holstein nach Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen weiterhin die geringste Arbeitslosenquote zu verzeichnen.

Die noch relativ günstige Arbeitsmarktlage in Schleswig-Holstein ist für die Landesregierung zugleich Ermutigung und Ansporn, durch zusätzliche Anstrengungen die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein weiter zu verbessern. In vielen Bereichen, wie z.B. dem verstärkten Technologietransfer von den Hochschulen zu den Betrieben, der weiteren Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Intensivierung der beruflichen Qualifizierung, der Erschließung neuer Absatzmärkte insbesondere im Ostseeraum besteht hier noch ein erhebliches Potential, das es gemeinsam mit der Wirtschaft des Landes zu nutzen gilt. Trotz sehr enger Finanzspielräume im Landeshaushalt ist die Landesregierung bereit, hierzu ihren Beitrag zu leisten. Beispielhaft seien hierzu nur die Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Ausbildungssituation im Rahmen des "Bündnisses für Ausbildung", das dreijährige Investitionsprogramm "Arbeit, Bildung, Innovation", die bereits begonnenen Verbesserungen im Schienen- und Straßenverkehr sowie beim öffentlichen Personennahverkehr und die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Ländern des Ostseeraums in Zusammenarbeit mit Hamburg genannt.

## 2. Finanzielle Lage des Landes / Haushaltsstruktur

Der Finanzplanungsrat hat auf seiner jüngsten Tagung am 16. Juni 1999 u.a. einvernehmlich festgestellt, daß

- angesichts der stark angestiegenen Staatsverschuldung ein strikter Konsolidierungskurs unabdingbar ist, um die Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften dauerhaft zu sichern,
- solide Staatsfinanzen eine unverzichtbare Grundlage für neue Arbeitsplätze und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sind,
- das jährliche Ausgabenwachstum der öffentlichen Hand auf maximal 2 % zu begrenzen ist.

Diese Feststellungen des Finanzplanungsrates gelten auch für Schleswig-Holstein. Auch in Schleswig-Holstein ist die finanzielle Lage besorgniserregend. Zwar weisen die Steuereinnahmen allmählich wieder steigende Zuwachsraten aus. Zusätzliche Steuereinnahmen werden jedoch vollständig durch unvermeidbare Mehrausgaben für das Personal einschl. Pensionen, für den Schuldendienst und für gesetzlich festgelegte Zuwendungen kompensiert. Hinzu kommt, daß auch in Schleswig-Holstein seit Jahren die Haushalte durch nicht wiederholbare Sonderentwicklungen auf der Einnahmeseite ausgeglichen wurden. Mit dem Wegfall solcher einmaligen Einnahmen aus Vermögensveräußerungen nimmt der Einsparbedarf deutlich zu. Ein Ausgleich durch Steuermehreinnahmen ist nach dem Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung ausgeschlossen.

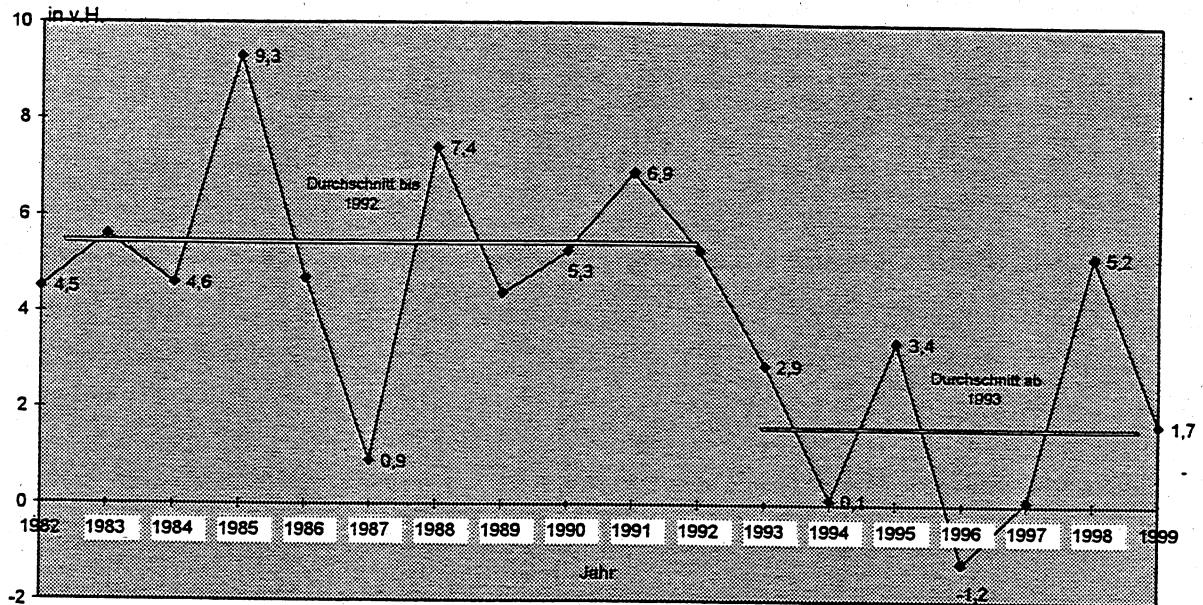
### 2.1 Entwicklung der Einnahmen

#### Steueraufkommen

Die Steuereinnahmen des Landes (einschl. Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) sind seit 1993 deutlich geringer gestiegen als bis dahin üblich. Im Zeitraum 1982 bis 1992 waren die Steuereinnahmen noch um durchschnittlich 5,3 % pro Jahr gestiegen. In diesem Zeitraum kam es nur einmal kurzfristig zu einem geringeren Wachstum (0,9 %), das aber schon im Folgejahr durch einen überproportionalen Anstieg (7,4 %) wieder ausgeglichen wurde. Mit solchen Zuwachsraten konnten - bis 1992 - zwangsläufige Mehrausgaben z.B. für das Personal, den kommunalen Finanzausgleich und den Schuldendienst relativ problemlos ausgeglichen werden. Es blieb finanzieller Spielraum für Schwerpunktaufgaben.

Im Zeitraum 1993 bis 1999 sind die Steuereinnahmen dagegen nur noch um durchschnittlich 1,7 % jährlich angewachsen. 1996 kam es erstmals nach 1981 sogar zu einem Rückgang des Steueraufkommens um 1,2 %.

### Steigerung der Steuereinnahmen einschl. LFA und BEZ



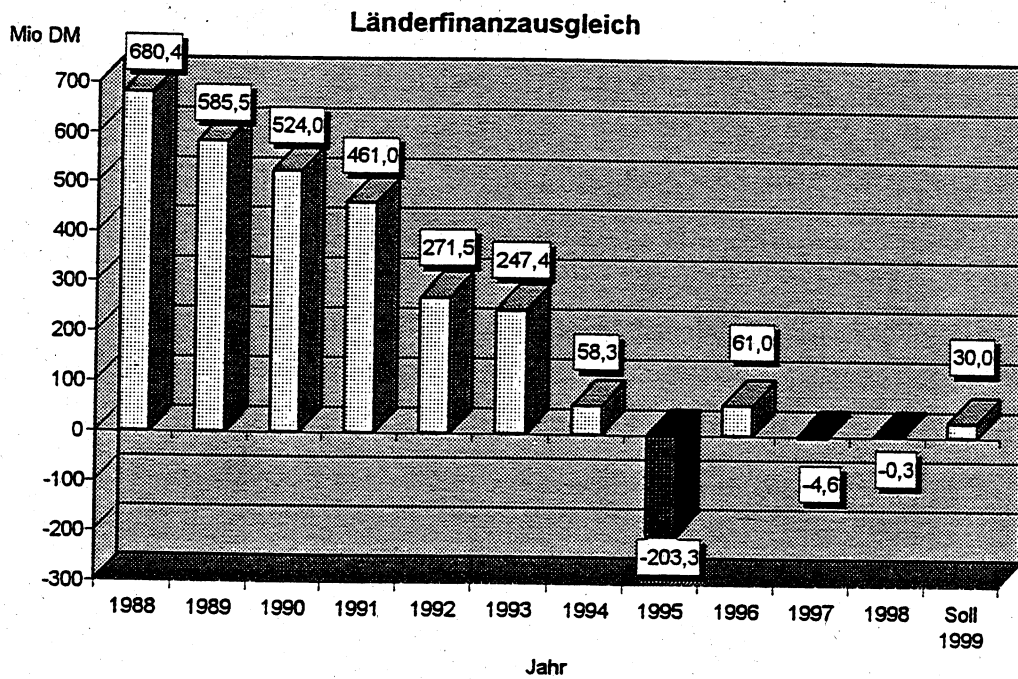
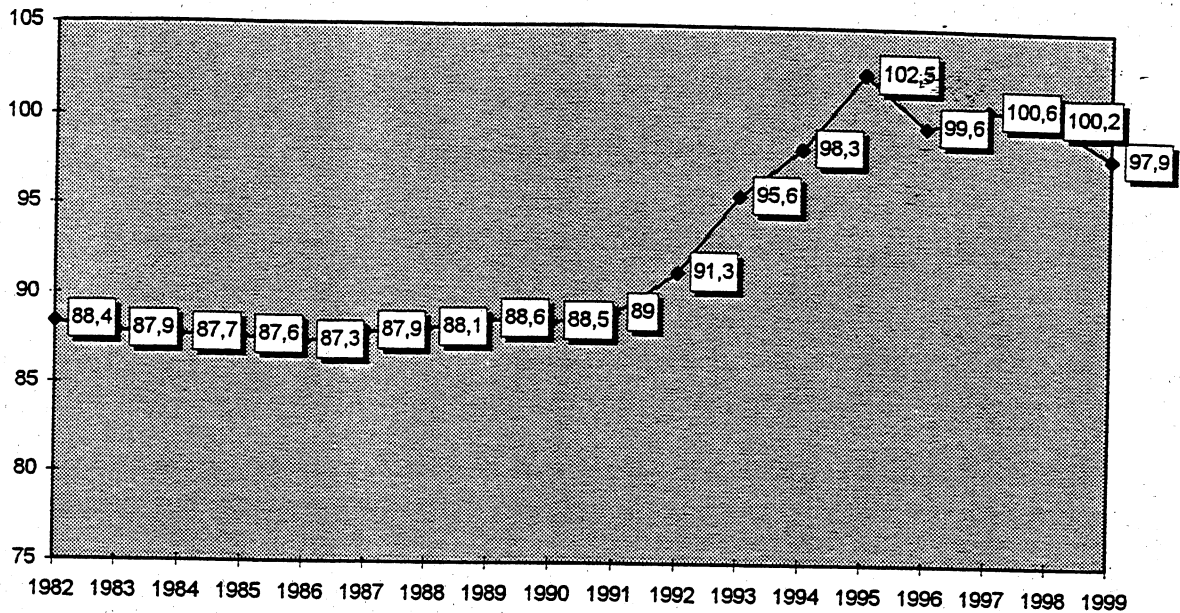
Die Landesregierung hat erhebliche Anstrengungen unternommen, die Finanzkraft des Landes zu stärken. Dazu zählen einerseits die Bemühungen, die Wirtschaftskraft des Landes zu verbessern. Andererseits wurde mit der verstärkten Übernahme des Nachwuchses, der Einführung von VERBIS und der Stärkung der Außendienste versucht, die Leistung der Finanzverwaltung zu erhöhen.

Insgesamt hat sich die Finanzkraft des Landes seit 1992 von unter 90% auf 102,5% (im Jahre 1995) des Länderdurchschnitts verbessert. Schleswig-Holstein wechselte bis 1998 beim Länderfinanzausgleich zwischen Geber- und Nehmerland.

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 1999 wird die Finanzkraft 1999 erstmals wieder deutlich zurückgehen. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die Wirtschaftsstruktur des Landes mit relativ geringen Konjunkturschwankungen. Der Konjunkturanstieg der letzten Jahre hat sich in Schleswig-Holstein deshalb geringer als in anderen Ländern ausgewirkt. Das Land wird in 1999 wieder Empfängerland im Länderfinanzausgleich werden.

in v.H.

### Entwicklung der Finanzkraft von S-H

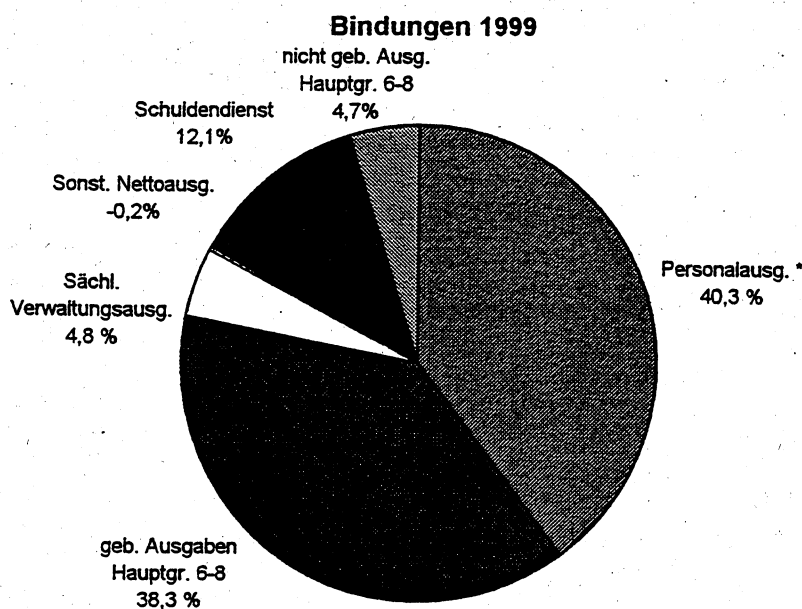


## 2.2 Entwicklung der Ausgaben

### Bindungen

Die ungünstige Struktur der Landesausgaben sowie die verhältnismäßig geringen Einflußmöglichkeiten der Landesregierung auf bestehende Landesausgaben werden auch aus einer Aufteilung der Landesausgaben auf gebundene und nicht gebundene Ausgaben deutlich. Nur knapp 700 Mio DM oder 4,7 % der gesamten Nettoausgaben des Landes

können als sogenannte freiwillige Leistungen des Landes angesehen werden. Aber auch in diesem Betrag sind noch weit überwiegend faktisch gebundene Ausgaben enthalten, die vom Land nur wenig beeinflusst werden können. (z.B. Zuschüsse für die Universitätsklinik). Alle anderen Ausgaben des Landes entfallen auf gesetzlich oder vertraglich festgelegte Ausgaben, auf durchlaufende Mittel oder auf Komplementärmitel des Landes zur Bindung von Mitteln des Bundes oder der Europäischen Union, auf die nur in Ausnahmefällen verzichtet werden kann.

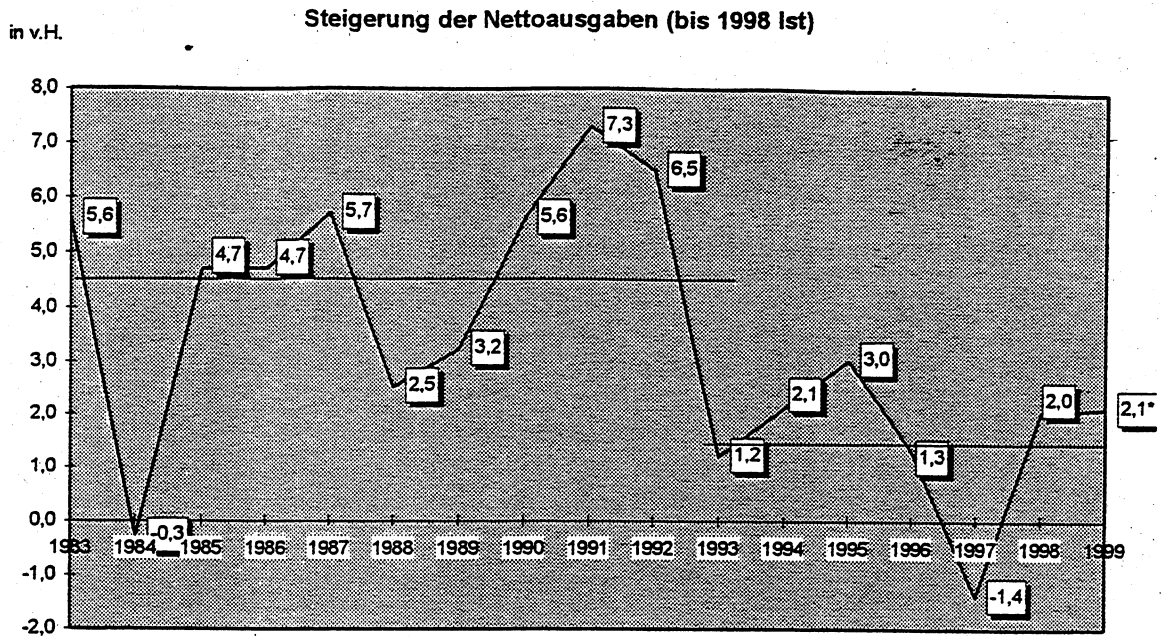


\* einschl. 63,7 Mio DM üpl. Mittel (Tarif- bzw. Besoldungserh.)

### Nettoausgaben

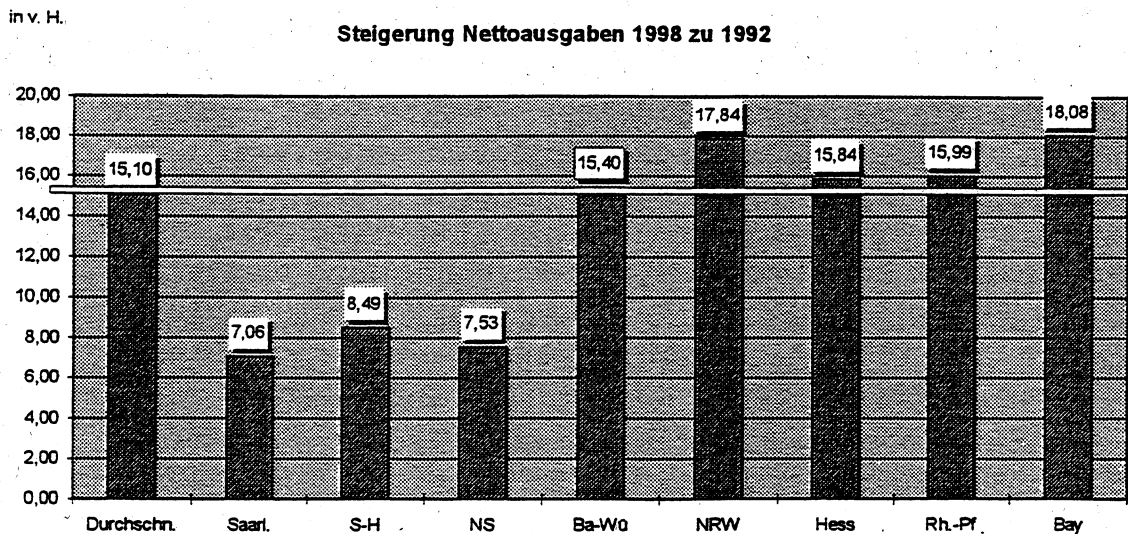
Auf die geringen Steigerungen der Einnahmen hat Schleswig-Holstein trotz überhöhter Ausgaben für den Schuldendienst im Vergleich zu den westlichen Flächenländern mit einem unterdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben reagieren:

Während im Zeitraum 1982 - 1992 die Nettoausgaben etwa in demselben Ausmaß gestiegen waren, in dem auch die Steuereinnahmen angewachsen sind (+ 4,5 % durchschnittl.), sind ab 1993 die Steigerungsraten deutlich zurückgenommen worden (+ 1,5 % durchschnittl.).



\* einschl. 63,7 Mio DM üpl. Mittel (Tarif- bzw. Besoldungserh.)

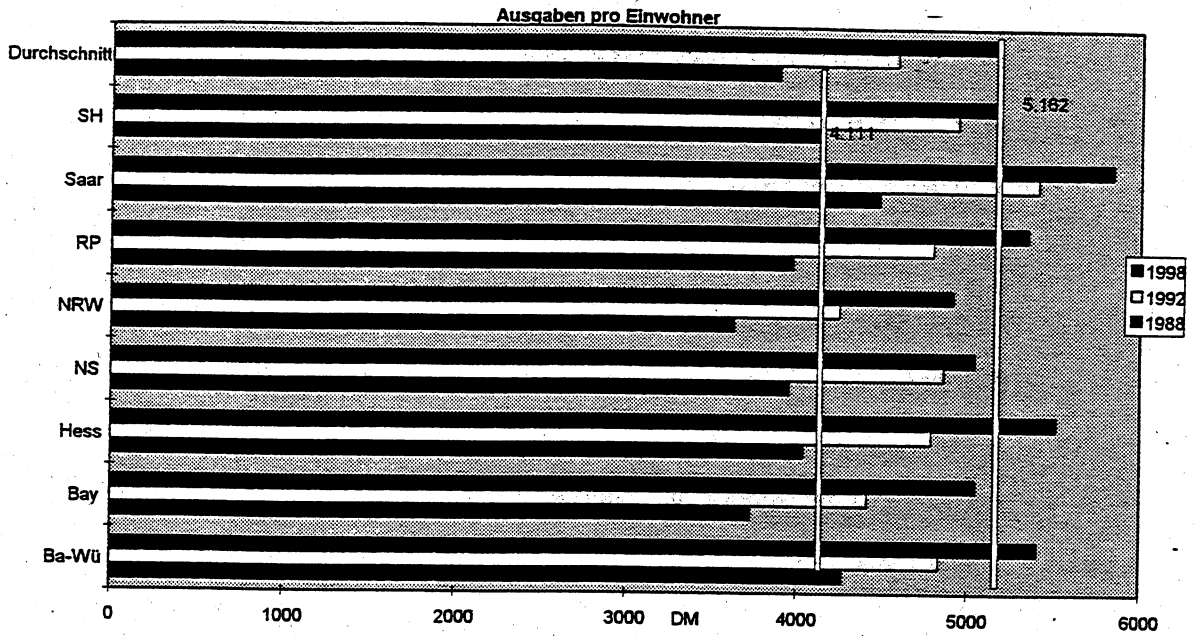
Zwischen 1992 und 1998 haben die Ausgaben nur um 8,5 % zugenommen; das ist einer der niedrigsten Werte aller westlichen Flächenländer.



Die umfangreichen Sparerfolge des Landes spiegeln sich auch in der Entwicklung der Ausgaben pro Einwohner wider.

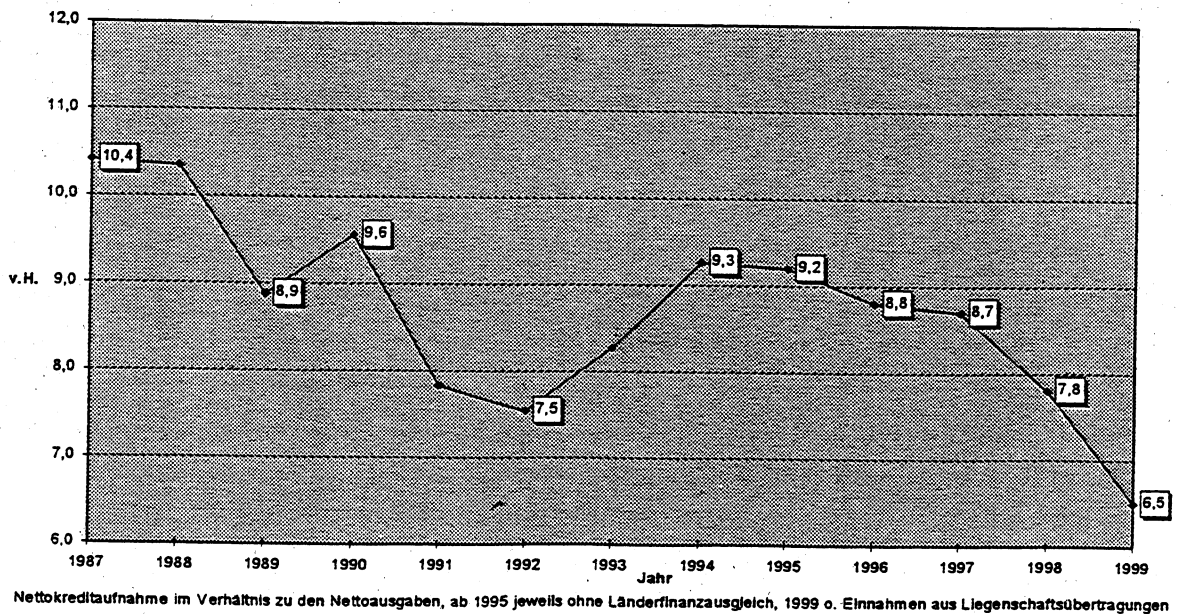
1988 wies Schleswig-Holstein mit 4.111 DM nach Baden-Württemberg und dem Saarland die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben aller alter Flächenländer aus. 1998 wiesen zusätzlich Hessen und Rheinland-Pfalz höherer Pro-Kopf-Ausgaben aus. Nur Bayern, Niedersachsen

und Nordrhein-Westfalen (das aber wegen anderer Verwaltungsstrukturen unvergleichbar ist) sind die Pro-Kopf-Ausgaben niedriger. Unter Berücksichtigung der überproportional hohen Zinsausgaben des Landes ist dies eine bemerkenswerte Entwicklung.



Die Erfolge der geringen Ausgabesteigerungen zeigen sich auch in der Kreditfinanzierungsquote.

**Kreditfinanzierungsquote (bis 1998 ist)**

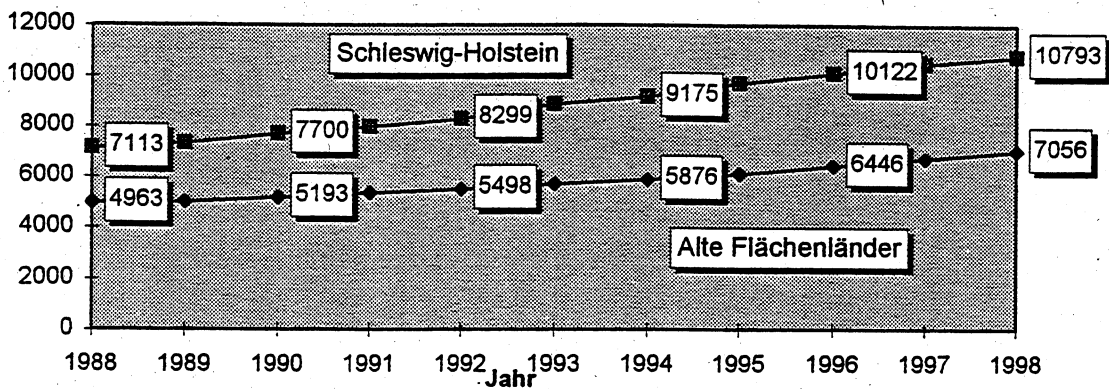


Einer weiteren positiven Entwicklung der Ausgaben des Landes sind jedoch Grenzen gesetzt. Überproportional hohe Ausgaben für den Schuldendienst, für das Personal und für nichtinvestive Leistungen aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen wie Leistungen an Kommunen sind vom Land kaum zu beeinflussen.

- **Schuldendienst:**

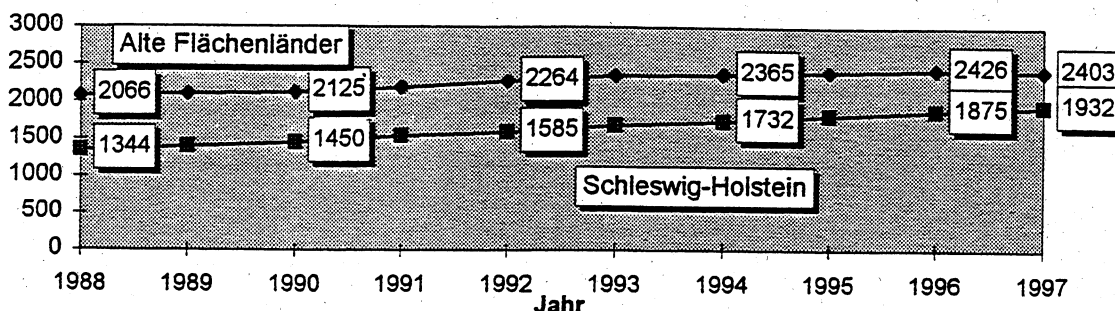
Aufgrund der in der gesamten Nachkriegszeit angewachsenen hohen Verschuldung muß das Land einen überproportional hohen Schuldendienst - jährlich 600 bis 700 Mio DM mehr als die alten Flächenländer bzw. über 240 DM mehr pro Einwohner - leisten. Die jährliche Pro-Kopf-Neuverschuldung des Landes blieb vor allem deshalb bis 1998 ständig höher als in den alten Flächenländern. Der Abstand der Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber dem Durchschnitt der alten Flächenländer wächst weiter an.

Schulden des Landes pro Einwohner (in DM)



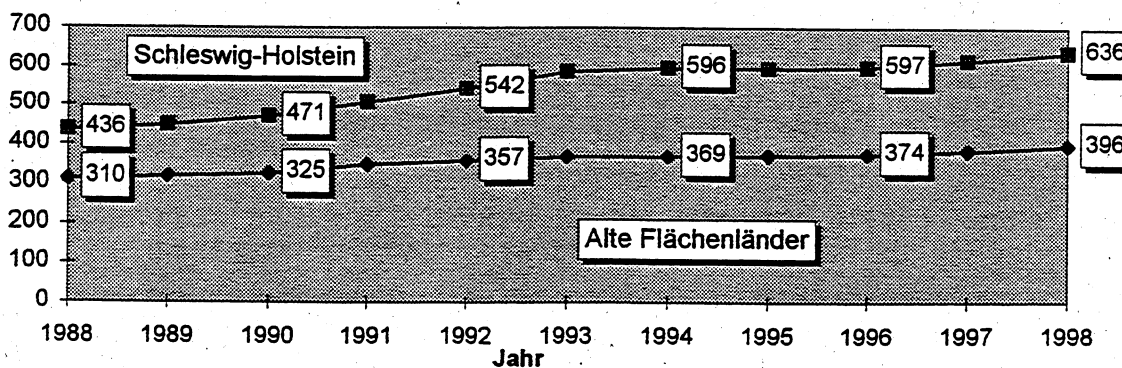
Vergleichsweise erfreulich ist dagegen die kommunale Verschuldung in Schleswig-Holstein. Während die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes um mehr als 50 % über dem Durchschnitt der alten Flächenländer liegt, weisen die Kommunen in Schleswig-Holstein eine um ca. 20 % unter dem Durchschnitt der alten Flächenländer liegende Verschuldung aus.

Schulden der Kommunen pro Einwohner (in DM)



Entsprechend der überhöhten Verschuldung des Landes sind auch die Zinsausgaben des Landes überhöht. 1998 zahlt das Land pro Kopf seiner Bevölkerung 240 DM mehr Zinsen als der Durchschnitt der alten Länder.

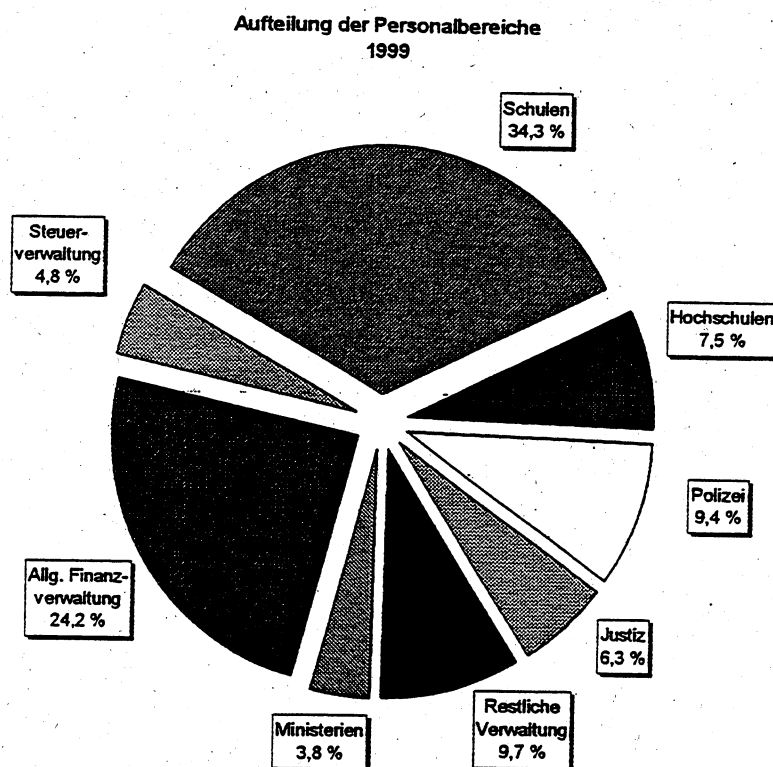
Zinsausgaben pro Einwohner (in DM)



- **Personalausgaben:**

Eine Konsolidierung des Landeshaushalts wird nur möglich sein, wenn vor allem bei den Personalausgaben, die bei rd. 40 % der Ausgaben des Landes liegen, angesetzt wird.

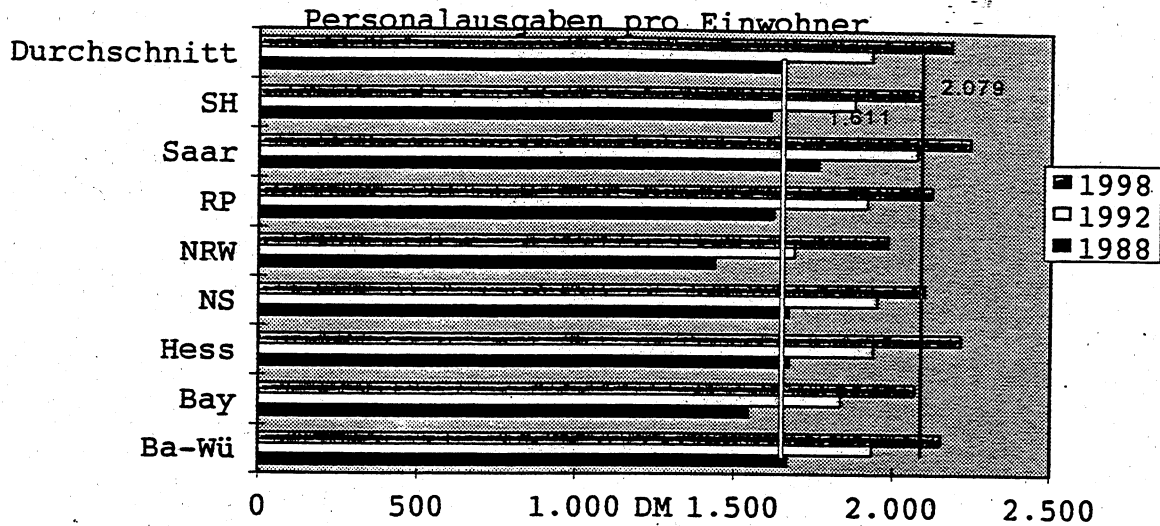
Die folgende Übersicht über die Aufstellung der Personalkosten des Landes zeigt aber auf, wie schwierig Personalkosteneinsparungen zu realisieren sind. Rund 87 % der Personalausgaben entfallen auf sogenannte Tabu-Bereiche: Lehrer, Hochschulen, Polizei, Justiz, Steuerverwaltung und Versorgung. Personaleinsparprogramme unter Ausschluß dieser Bereiche müssen relativ erfolglos bleiben.



Dennoch gelang es, die Personalkosten im Ländervergleich unterdurchschnittlich zu steigern. Die Personalkostenquote des Landes liegt deshalb deutlich unter dem Durchschnitt der alten Flächenländer.

Dazu beigetragen haben Änderungen der Organisationsstruktur, Personaleinsparprogramme und - seit 1997 - die Budgetierung der Personalkosten.

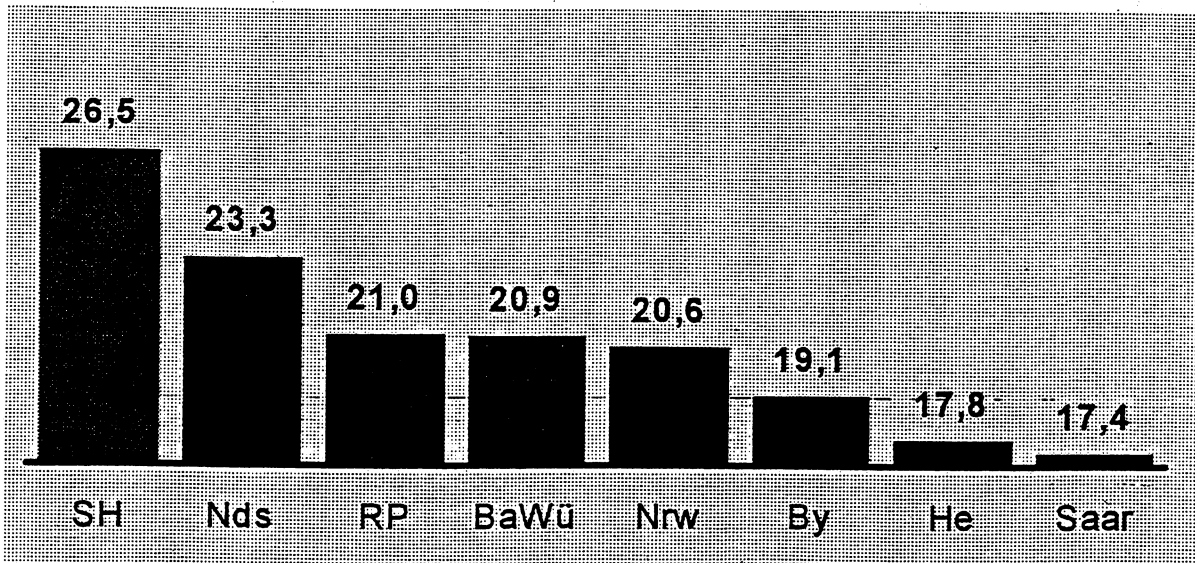
Aufgrund dessen lagen die Personalausgaben des Landes pro Einwohner 1998 im Vergleich der alten Flächenländer nur in Bayern (und dem auch hier unvergleichbaren Nordrhein-Westfalen) geringfügig niedriger als in Schleswig-Holstein.



• Zuweisungen an die Kommunen:

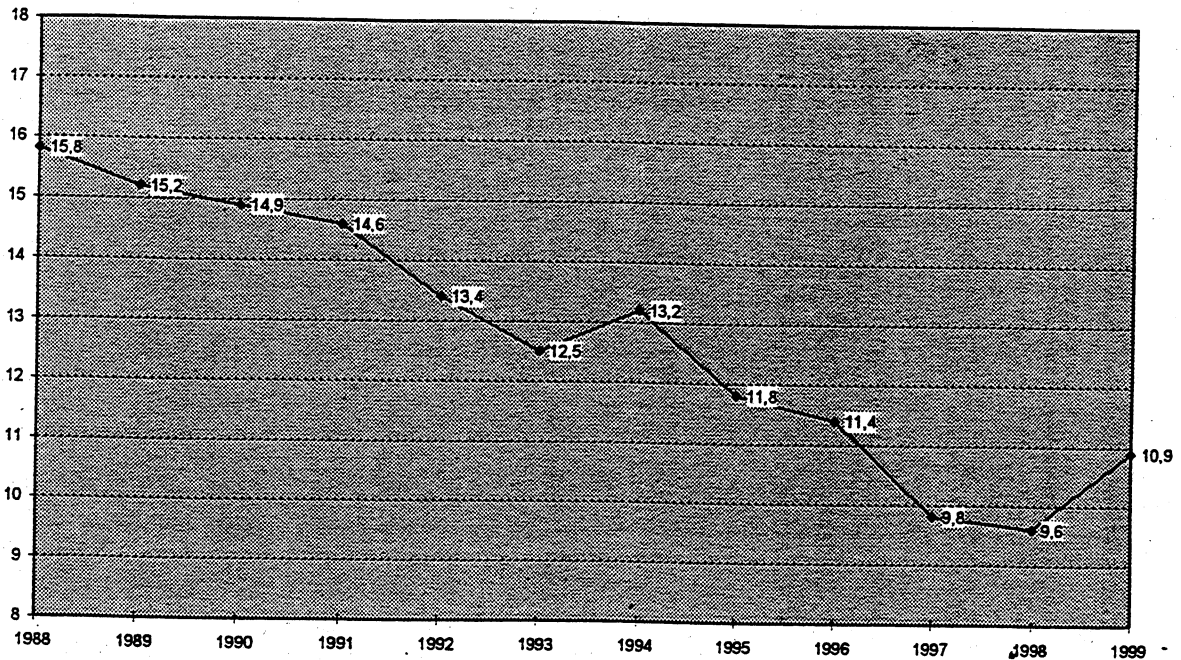
**Zuweisungen an die Kommunen**

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 1999 in %



Diese hohen und vom Land praktisch nicht beeinflussbaren nichtinvestiven Ausgaben mußten zwangsläufig zu einer Verringerung der Investitionsquoten führen.

Investitionsquote in v.H. (bis 1998 Ist)



1999 hat das Land mit dem Programm „Arbeit, Bildung, Innovation“ gegengesteuert. Schon ab 2000 setzt sich aber der Trend rückläufiger Investitionsquoten vor allem deshalb fort, weil das Land ab 2000 seine Hochbauvorhaben nicht mehr selbst durchführt, sondern im Rahmen des Liegenschaftsmodells durch die Investitionsbank finanzieren läßt. Dies führt vordergründig zum Rückgang der Investitionsquote, ohne daß die Investitionen im Lande zurückgehen.

Höhere Investitionsquoten sind aber auch aus finanzpolitischen Gründen problematisch.

Da das Land seine verfassungsmäßige Verschuldungsgrenze weitestgehend ausschöpft, könnten zusätzliche investive Ausgaben nur kreditfinanziert werden. Dies wiederum würde den Schuldendienst belasten und den finanziellen Spielraum des Landes weiter einengen.

### 3. Eckdaten des Finanzplans 1999 bis 2003

Für den Zeitraum der Finanzplanung hat die Landesregierung folgende Entwicklung der Nettoausgaben vorgesehen :

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u> (ohne Ausgaben im Länderfinanzausgleich)
Haushalt	1999	14.626,1*	2,1
Haushaltsentwurf	2000	14.742,6	0,8
Planung	2001	14.848,3	0,7
Planung	2002	15.113,2	1,8
Planung	2003	15.288,7	1,2

\* einschl. 63,7 Mio DM üpl. Mittel (Tarif bzw. Besoldungserh.)

Bei den Nettoeinnahmen wird folgendes Wachstum erwartet:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	1999	13.727,2	3,1
Haushaltsentwurf	2000	13.762,4	0,3
Planung	2001	13.857,1	0,7
Planung	2002	14.025,9	1,2
Planung	2003	14.460,9	3,1

Für die Neuverschuldung des Landes ergibt sich folgende Entwicklung:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Veränderung</u> <u>absolut - in Mio. DM -</u>
Haushalt	1999	950,0*	- 267,6
Haushaltsentwurf	2000	984,0*	+ 34,0
Planung	2001	995,0*	+ 11,0
Planung	2002	1.076,0	+ 81,0
Planung	2003	830,0	- 246,0

\* ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Die dargestellte Entwicklung der Nettokreditaufnahme setzt voraus, daß die in den Jahren 2001 bis 2003 ausgebrachten globalen Minderausgaben realisiert und weitere Risiken - z.B. durch Steuerrechtsänderungen und geringeres Wirtschaftswachstum - gedeckt werden.

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der großen Einnahme- und Ausgabeblöcke im Planungszeitraum auf der Grundlage des Gruppierungsplans geben die Anlagen 1 bis 3.

Noch nicht berücksichtigt sind hierbei die Auswirkungen der Entscheidungen der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2000 vom 23.6.1999. Hier liegen die Gesetzesentwürfe des Bundes noch nicht vor, so daß eine Quantifizierung nicht möglich ist und die Realisierungschancen nicht abgeschätzt werden können.

#### 4. Aufgabenschwerpunkte

Mit der Finanzplanung bis 2003 wird bewiesen, daß Schleswig-Holstein finanzpolitisch handlungsfähig bleibt. Am strikten Sparkurs wird festgehalten. Die Wachstumsraten des Haushalts liegen deutlich unter der Empfehlung des Finanzplanungsrates. Die Reformen werden fortgesetzt. Schwerpunkte der Politik sind:

- „Zukunftsinitiative SH 2000“

In der „Zukunftsinitiative SH 2000“ mit einem Gesamtvolumen von rd. 2,1 Mrd. DM im Zeitraum 2000 bis 2006 wurden das „Regionalprogramm 2000“, das „Programm Zukunft auf dem Land“ und das Programm „ASH 2000“ gebündelt, um die erhöhten Fördermittel der EU zu binden und effektiv einzusetzen.

Das Programm verfolgt folgende Ziele:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen u.a. in neuen Arbeitsfeldern und durch neue Arbeitsorganisationen
- Berufliche Qualifizierung
- Förderung zukunftsweisender Technologien
- Förderung der Informationsgesellschaft
- Stärkung der ländlichen Räume einschl. Modernisierung der Agrarstruktur
- Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Klimaschutz
- ökologische Modernisierung

- Ostsee- und Nordseekooperation

Dabei sollen innovative Projekte, die in besonderer Weise zukunftsweisend oder strukturfördernd sind, grundsätzlich einen Fördervorrang erhalten. Im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird Projekten ein Fördervorrang eingeräumt, die staatliche Transferzahlungen vermeiden oder überwinden.

- Wohnungsbau

Das vom Land finanzierte Volumen des Wohnungsbaues beläuft sich ab dem Jahre 2000 auf bis zu 108,0 Mio. DM jährlich.

- Städtebauförderung (einschl. „Soziale Stadt“ und Zukunftsweisendes Bauen“)

Das Förderungsvolumen beträgt für den Planungszeitraum insgesamt 90,8 Mio. DM.

- Arbeitsmarkt

Für die arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes werden im Finanzplanungszeitraum Landesmittel im Gesamtbetrag von 186,0 Mio. DM bereitgestellt. Hinzu kommen noch ESF-Mittel in Höhe von rd. 150 Mio DM.

- Umweltschutz

Durch die Erhebung einer Grundwasserentnahmeabgabe können umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen im Bereich Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung und Wasserversorgung in Höhe von rd. 130,0 Mio. DM finanziert werden.

- Innere Sicherheit und Justiz

Für die Innere Sicherheit werden von 1999 bis 2003 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei allein rd. 3,2 Mrd. DM ausgegeben.

Die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Justiz wird gesichert. Durch Modernisierung

und umfassenden Einsatz von Informationstechnik wird die Justiz zukunftsfähig gemacht. Hierfür werden bis zum Jahre 2003 rd. 62,1 Mio. DM investiert.

- Landesentwicklung

Für die Entwicklung der ländlichen Räume einschließlich der Förderung der Land- und Ernährungswirtschaft, der Fischerei und Küstenschutzmaßnahmen steht insgesamt rd. 1 Mrd. DM im Finanzplanungszeitraum insbesondere für Investitionen zur Verfügung.

- Kindertagesstätten

Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege sind insgesamt 532,7 Mio. DM im Finanzplanungszeitraum insbesondere für laufende Leistungen vorgesehen.

- Schulbereich

Lehrerbedarf

Im Zeitraum von 2000 bis 2004 werden 1000 neue Lehrerstellen und weitere 50 Stellen für Nachwuchskräfte geschaffen.

Alle freiwerdenden Stellen für Lehrkräfte werden auch künftig wieder besetzt.

Die Landesregierung macht angestellten Lehrkräften ein Angebot zur Verbeamtung.

Zur Erhöhung der Flexibilität (Geld statt Stellen) werden die Ansätze der sogenannten Stundengebermittel überrollt und zusätzlich ab dem Haushalt 2000 die Deckungsfähigkeit zu Lasten der Personalkosten der Lehrkräfte zugelassen.

Finanzhilfe-Erstattungsabkommen mit Hamburg

Durch die Verlängerung des Abkommens mit Hamburg erstattet Schleswig-Holstein auch weiterhin Hamburg die Kosten, die für den Besuch Schleswig-Holsteinischer Kinder an Hamburger Privatschulen entstehen und leistet damit einen Beitrag zur freien Schulwahl über Landesgrenzen hinweg.

Neue Medien in den Schulen

Im Projekt „Schulen ans Netz“ stellt das Land aus dem Programm Arbeit, Bildung, Innovation über einen Zeitraum von 3 Jahren insgesamt 6,8 Mio DM für Geräte und IT-Infrastruktur für die Schulen zur Verfügung. Ein gleicher Betrag muß von den Schulträ-

gem aufgebracht werden. Ferner wird das Projekt von der Technologiestiftung im Rahmen der Multimediainitiative SH finanziell unterstützt.

In einem gemeinsamen Projekt „Schulen im Netz“ ermöglicht das Land den Schulen zusammen mit der Technologiestiftung und der Telekom einen preisgünstigen Zugang zum Internet.

– Hochschulen

Die Umsetzung der Hochschulstrukturreform wird weiter fortgesetzt.

Die bereits im Haushalt 1999 globalisierten Hochschulzuschüsse sind im Entwurf des Haushalts 2000 weiter zusammengefaßt worden. Mit Verabschiedung der im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Hochschulgesetznovelle sollen die Hochschulhaushalte in Wirtschaftspläne überführt werden. Der Landeshaushalt wird bei einer Verabschiedung der HSG-Novelle im Jahre 1999 bereits für den Haushalt 2000 nur noch Zuschußtitel enthalten. Die Wirtschaftspläne der Hochschulen einschließlich der verbindlichen Stellenpläne werden dann als Anlage zum Landeshaushalt abgedruckt werden. Einhergehen muß mit dieser weiteren Verantwortungsübertragung auf die Hochschulen der Abschluß von Zielvereinbarungen und die Einführung einer Kostenrechnung, eines Berichtswesens und eines Controllings.

– Rechtliche Verselbständigungen

Die beiden Universitätsklinika in Kiel und Lübeck sind zum 01.01.1999 in Anstalten öffentlichen Rechts umgewandelt und das Landesmuseum einschließlich der Volkskundlichen Sammlung und dem Kloster Cismar sowie aus dem Bereich der CAU das Archäologische Landesmuseum und das Wikingermuseum Haithabu zum 01.01.99 in die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf überführt worden

– Wirtschaftsförderung

Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind mit 124,9 Mio. DM eingeplant.

Das Aufstiegsfortbildungsgesetz gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung. Für Leistungen nach dem Gesetz sind 15,4 Mio. DM vorgesehen, von denen der Bund 11,1 Mio. DM trägt.

Das Programm zur Übernahme von Wagniskapitalbeteiligungen und zur Gewährung von Beratungskostenzuschüssen für Beteiligungsnehmerinnen und Beteiligungsnehmer wird ab 1997 direkt aus dem Landeshaushalt finanziert. Die Zuschüsse sollen im Berichtszeitraum 20 Mio. DM betragen.

Für das ab 1999 neu aufgelegte Programm "Innovation schafft Arbeit" sind 25,5 Mio. DM eingeplant.

(Wegen Einzelheiten der Schwerpunkte vor allem wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen wird auf die Ausführungen in dem Abschnitt VI des Finanzplans verwiesen)

### III. Die Einnahmenseite des Finanzplans

#### 1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

##### **Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen**

Grundlage für die Veranschlagung der Steuereinnahmen, des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen sind

- eine Steuerschätzung auf der Basis des Ergebnisses des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 10. bis 12. Mai 1999.
- die Leistungen des Landes an den Fonds „Deutsche Einheit“ einschließlich der für die Jahre 1999 und 2000 gesetzlich festgeschriebenen Streckung der Annuitätzahlungen mit insgesamt 879 Mio. DM. Die Finanzierungsbeiträge an den Fonds „Deutsche Einheit“ müssen wie folgt bereitgestellt werden:

1999:	105 Mio. DM
2000:	118 Mio. DM
2001:	199 Mio. DM
2002:	219 Mio. DM
2003:	238 Mio. DM

Durch die Annuitätsstreckung erhöht sich das Steueraufkommen um 68 Mio. DM in 1999 und 62 Mio. DM in 2000.

Dem Schätzergebnis liegen die unter Abschnitt II. 1 genannten gesamtwirtschaftlichen Annahmen zugrunde.

Die Schätzung wurde auf der Basis des geltenden Steuerrechts vorgenommen. Bei der Verteilung der Steuereinnahmen auf die staatlichen Ebenen wurde für die Umsatzsteuer der gegenwärtige Verteilerschlüssel für den gesamten Projektionszeitraum zugrunde gelegt. Danach erhält der Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. für die Rentenfinanzierung. Vom verbleibenden Aufkommen fließen 2,2 v. H. an die Gemeinden als Ausgleich für die ab 1. Januar 1998 weggefallene Gewerbesteuer. Vom restlichen Aufkommen stehen dem Bund 50,5 v. H. und den Ländern 49,5 v. H. zu.

Die Steuereinnahmen, der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen werden sich voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Jahr	Steuer- einnahmen	LFA - Mio. DM -	BEZ	Insgesamt	Zuwachs in v. H.
1999 *)	10.177,5	+ 97,0	446,0	10.720,5	
2000	10.454,5	+106,0	436,0	10.996,5	+ 2,6
2001	10.867,5	+ 105,0	413,0	11.385,5	+ 3,5
2002	11.319,5	+ 113,0	401,0	11.833,5	+ 3,9
2003	11.772,0	+ 123,0	394,0	12.289,0	+ 3,8
*) Haushalt 1999	10.316,0	+30,0	346,0	10.692,0	

Zur Entwicklung der einzelnen Steuerarten vgl. Anlage 4.

## 2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen

Dieser Bereich enthält die Verwaltungseinnahmen (insbesondere Gebühren und Geldbußen), die Wirtschaftseinnahmen (insbesondere Lottereeinnahmen, Gewinne und Erlöse aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Mieten und Pachten), Veräußerungserlöse, Gewährleistungseinnahmen und die Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen aller Art. Insgesamt ergibt sich bei diesen Einnahmen folgende Entwicklung:

		<u>- Mio. DM -</u>
Haushalt	1999	1.310,6
Haushaltsentwurf	2000	1.144,4
Planung	2001	994,7
Planung	2002	739,2
Planung	2003	745,8

In den Jahren 1999 bis 2001 sind letztmalig umfangreiche Erlöse aus außerordentlichen Vermögensveräußerungen veranschlagt:

1999:

- 340 Mio DM aus der Übertragung von Grundstücken des Landes auf die Investitionsbank (1. Tranche)
- 141 Mio DM aus Vermögensveräußerungen

2000:

- 250 Mio DM aus der Übertragung von Grundstücken des Landes auf die Investitionsbank (2. Tranche)
- 100 Mio DM aus Vermögensveräußerungen
- 35 Mio DM aus der endgültigen Veräußerung der Anteile an der Flughafen Hamburg GmbH

2001:

- 200 Mio DM aus der Übertragung von Grundstücken auf die Investitionsbank (3. Tranche)

### 3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

3.1 Die Zuweisungen und Zuschüsse für nichtinvestive Zwecke, einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, entwickeln sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt:

		<u>- Mio. DM -</u>
Haushalt	1999	1.522,3
Haushaltsentwurf	2000.	1.645,7
Planung	2001	1.577,5
Planung	2002	1.561,6
Planung	2003	1.547,4

#### 4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen (ohne Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt)

Hierunter fallen im wesentlichen

- Zuweisungen des Bundes
  - ° zur Förderung des Wohnungsbaus
  - ° nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
  - ° nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (kommunaler Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr)
  - ° im Zusammenhang mit der Bahnreform
- der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben der Krankenhausfinanzierung
- Zuweisungen der Europäischen Union zur Förderung strukturschwacher Räume.

Für die Jahre des Planungszeitraums werden folgende Einnahmen erwartet:

		<u>- Mio. DM -</u>
Haushalt	1999	316,8
Haushaltsentwurf	2000	284,6
Planung	2001	281,8
Planung	2002	266,9
Planung	2003	256,2

#### 5. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Die Entwicklung des Bruttokreditbedarfs wird bei der inzwischen auf 30 Mrd. DM angewachsenen Gesamtverschuldung des Landes maßgeblich von der Fälligkeitsstruktur der Altschulden bestimmt. Neben der Anschlußfinanzierung für die Altschulden beeinflusst auch die Neuverschuldung die Höhe des jährlichen Bruttokreditbedarfs.

Die Niedrigzinsphase der letzten Jahre ist von Seiten des Kreditmanagements zu einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten und damit zu einer Verbesserung der Laufzeitstruktur des Schuldenstandes genutzt worden. Das historisch niedrige Zinsniveau kann hierdurch für einen längeren Zeitraum gesichert werden. Gleichzeitig verringern sich damit die Zinsänderungsrisiken für die Anschlußfinanzierung fälliger Tilgungen in den kommenden Jahren.

Die Verlängerung der Kreditlaufzeiten trägt maßgeblich dazu bei, daß das Tilgungsvolumen und damit auch der Bruttokreditbedarf in den kommenden Jahren annähernd konstant blei-

ben (vgl. hierzu auch Abschnitt IV Tz. 3.3), obwohl die Gesamtverschuldung bis zum Ende des Planungszeitraumes weiter auf rd. 34,9 Mrd. DM ansteigt. Erst im Jahre 2003 nehmen das Tilgungsvolumen und der Bruttokreditbedarf wieder stärker zu.

Im einzelnen entwickelt sich die am Kreditmarkt zu finanzierende Bruttokreditaufnahme (einschließlich Umschuldungen) und die Nettokreditaufnahme wie folgt:

Jahr	Kreditaufnahme		Kreditfinanzierungs- quote
	Brutto	netto	
	- in Mio DM -		- in v.H. -
Soll 1999	3.617,7	950,0	6,5
2000	4.414,2	984,0	6,7
2001	4.362,4	995,0	6,7
2002	4.455,9	1.076,0	7,1
2003	5.583,1	830,0	5,4

Die Kreditfinanzierungsquote, die sich aus der Nettokreditaufnahme in v.H. der Nettoausgaben berechnet, bleibt in den nächsten Jahren annähernd konstant auf einem Niveau, das deutlich unter den Ist-Werten der Vorjahre liegt. Nach einem einmaligen Anstieg im Jahre 2002 tritt im letzten Planungsjahr wieder ein deutlicher Rückgang ein.

## IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans

### 1. Personalausgaben

#### 1.1 Berechnung der Personalausgaben

Ab 1998 werden die Personalausgaben des Landes budgetiert. Die Budgetermittlung für 2000, d.h. die Ansätze für die Obergruppe 42, erfolgte aufgrund hochgerechneter personenbezogener Daten des Landesbesoldungsamtes. Gekürzt wurden die Budgets mit Ausnahme des Schul- und Hochschulbereichs um eine einheitliche Sparquote von 1,0 %. Die Ressorts, die strukturelle Maßnahmen durchgeführt haben, mußten bzw. müssen in diesen Bereichen über einen Zeitraum von 4 Jahren zusätzlich eine Einsparung von 2 % erbringen. Zusätzlich müssen ab 2000 die linearen Anpassungen aus den Personalkostenbudgets erwirtschaftet werden.

Die Schulen sind von einem Budgetabschlag ausgenommen. Die Hochschulen erhalten einschl. Sach- und Investitionsausgaben ein gekürztes Gesamtbudget.

#### 1.2 Versorgungsrücklage des Landes Schleswig-Holstein

Nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz sind Bund und Länder verpflichtet, ab 1999 Versorgungsrücklagen zu bilden. Durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen (in der Regel 0,2 Prozentpunkte jährlich) soll in den Jahren 1999 bis 2013 zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung durch Versorgungsausgaben (ab 2014) im Lande eine Rücklage aufgebaut werden. Die sich daraus ergebende Einsparung wird als globaler Versorgungsbeitrag dem Sondervermögen des Landes zugeführt. Die Anlage und Bestandsverwaltung der dem Sondervermögen zufließenden Mittel ist der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein übertragen worden. Im Zeitraum 1999 bis 2003 sind als Zuführungen an die Versorgungsrücklage folgende Ansätze ausgewiesen:

- Mio. DM -

Haushalt	1999-	7,5
Haushalt	2000	12,9
Planung	2001	22,5
Planung	2002	30,0
Planung	2003	37,5

### **1.3 Stellenplan 2000**

Der Stellenplan 2000 weist insgesamt 55.728 Planstellen und Stellen aus.

Davon entfallen 54.806 Planstellen und Stellen auf die Landesverwaltung und 922 Planstellen auf die Wirtschaftsbetriebe des Landes.

Aufgrund der rechtlichen Verselbständigung der Universitätsklinik werden für diese Bereiche nur noch die Planstellen im Landeshaushalt ausgewiesen.

Insgesamt verringert sich die Gesamtstellenzahl des Landes gegenüber dem Haushalt 1999 ( 56.760 ) um 1.032 Stellen. Dem Stellenzugang von 362 Stellen stehen Einsparungen von 1.394 Stellen gegenüber. Neue Stellen sind insbesondere für Nachwuchskräfte (62), Lehrerinnen und Lehrer (200) und Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter (50) geschaffen worden. Von den 1.394 Stelleneinsparungen entfallen 896 auf den Übergang von Aufgaben der Landesbauverwaltung auf die Anstalt „Gebäudemanagement Schleswig-Holstein“. Im Rahmen der 58er-Regelung sind insgesamt in 2000 16 Stellen eingespart worden.

### **1.4 Stelleneinsparprogramm**

Das sogenannte "1.600 Stellen-Einsparprogramm" sieht die vorzeitige Realisierung aller im Haushalt 1996 ausgewiesenen kw-Vermerke bis zum Jahr 2000 vor. Hiervon sind nur kw-Vermerke für Personalräte, Schwerbehinderte und Nachwuchskräfte und der Schulbereich ausgenommen.

In 2000 werden im Rahmen dieses Programms 214 Planstellen und Stellen angerechnet. Hiervon entfallen 16 Einsparungen auf die 58er-Regelung, die auf das Einsparkontingent angerechnet werden können.

## 1.5 Gesamtentwicklung der Personalausgaben

Die Personalausgaben werden sich unter Berücksichtigung von linearen Gehaltsverbesserungen und allgemeinen Personalkostenbudgetabschlägen wie folgt entwickeln:

		Besoldung Vergütung (OGr. 42 und 46)*	Versor- gung (OGr. 43)	sonstige Personal- ausgaben (OGr. 41, 44 und 45)	Personal- ausgaben (HGr.4)	Zuwachs
		Mio. DM				in v. H.
Haushalt	1999	4.410,1**	1.139,9***	342,4	5.892,4	1,9
Haushaltsentwurf	2000	4.356,7	1.190,2	326,2	5.873,1	- 0,3
Planung	2001	4.324,1	1.254,9	337,3	5.916,3	0,7
Planung	2002	4.304,2	1.327,0	347,0	5.978,2	1,1
Planung	2003	4.259,1	1.422,6	355,8	6.037,5	1,0

\* ohne besondere Abgrenzungen (z. B. Sonderbudgets)

\*\* einschl. 47,9 Mio DM üpl. Mittel (Tarif- bzw. Besoldungserh.)

\*\*\* einschl. 15,8 Mio DM üpl. Mittel (Besoldungserh.)

## 2. Sächliche Verwaltungsausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 702,1 Mio. DM (1999) auf 780,9 Mio. DM (2003). Im Hinblick auf die Übertragung von Grundstücken auf die Investitionsbank sind ab 2000 zusätzliche Ausgaben für Mieten eingeplant (2000:69 Mio. DM, 2001: 90 Mio. DM, 2002: 88 Mio. DM und 2003: 86 Mio. DM). In den Planjahren ergibt sich folgende Entwicklung:

		Mio. DM	Zuwachs in v.H.
Haushalt	1999	702,1	+ 2,1
Haushaltsentwurf	2000	735,7	+ 4,8
Planung	2001	780,4	+ 6,1
Planung	2002	782,0	+ 0,2
Planung	2003	780,9	- 0,1

### 3. Ausgaben für den Schuldendienst

#### 3.1 Zinsausgaben

Die Entwicklung der Zinsausgaben wird bestimmt durch den Schuldenzuwachs, die Veränderung der Kapitalmarktzinsen und die Bemühungen des Kredit- und Zinsmanagements, die Zinsausgaben des Landes zu optimieren.

Trotz des deutlichen Anstiegs der Verschuldung des Landes in den letzten Jahren steigen die Zinsausgaben im kommenden Jahr 2000 mit 0,1 % kaum mehr an. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Mehraufwand aus der Neuverschuldung durch die niedrigen Zinskosten aus der Anschlußfinanzierung höher verzinslicher Altkredite weitgehend kompensiert wird. Auch in den Folgejahren bleiben die Zinsausgaben trotz wieder ansteigender Neuverschuldung aus den gleichen Gründen der absoluten Höhe nach unter den Ansätzen der bisherigen Finanzplanung.

Insbesondere ab dem Jahre 2002 wachsen die Zinsausgaben jedoch wieder stärker als der Haushalt insgesamt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich die Entlastungseffekte aus der Umschuldung von Altschulden schrittweise verringern, da in den kommenden Jahren wieder mit einem moderaten Anstieg der Kreditzinsen zu rechnen ist.

Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung im Finanzplanungszeitraum wird angenommen, daß sich das derzeitige Zinsniveau von knapp 5 % im langfristigen Bereich und gut 2,7 % bei den kurzfristigen Geldmarktzinsen zunächst nur maßvoll erhöht, im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung anschließend aber wieder etwas stärker ansteigt.

Im einzelnen entwickeln sich die Zinsausgaben wie folgt:

Haushaltsjahr		in Mio DM	Zuwachs in v.H.
Haushalt	1999	1.775,1	
Haushaltsentwurf	2000	1.776,1	+ 0,1
Planung	2001	1.830,1	+ 3,0
Planung	2002	1.903,9	+ 4,0
Planung	2003	1.942,7	+ 2,0

Die Zins-Ausgaben-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Nettoausgaben) steigt aufgrund des niedrigen Wachstums der Nettoausgaben ab dem Jahre 2001 leicht an.

Die Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Steuern einschließlich BEZ und LFA) geht hingegen im Planungszeitraum leicht zurück.

Haushaltsjahr		Zins-Ausgaben- Quote - in v.H. -	Zins-Steuer- Quote - in v.H. -
Haushalt	1999	12,1	16,6
Haushaltsentwurf	2000	12,0	16,2
Planung	2001	12,3	16,1
Planung	2002	12,6	16,1
Planung	2003	12,7	15,8

Selbst bei einem leichten Rückgang der Zins- Steuer- Quote ist die erreichte hohe Belastung des Landeshaushalts aus dem Zinsendienst dauerhaft nicht ohne Gefährdung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes tragbar. Bei weiteren steuerlichen Entlastungen im Bereich der direkten Steuern ist deshalb eine Kompensation an anderer Stelle unumgänglich.

### 3.2 Entwicklung des Primärüberschusses

Der Primärsaldo liefert Anhaltspunkte dafür, ob und in welchem Umfang sich der reguläre Haushalt (d.h. der nicht kreditfinanzierte Haushalt) verbessert oder verschlechtert und in welchem Umfang hierzu Veränderungen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite beigetragen. Der Primärsaldo ist hingegen kein Indikator dafür, ob und in welchem Umfang Ausgaben auf dem Kreditwege finanziert werden.

in Mio DM	Ist	Soll	HHE	MFP		
	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<b>Nettoeinnahmen</b>	13.330,9	13.727,2	13.762,4	13.857,1	14.025,9	14.460,9
<b>Nettoausgaben</b>	14.251,0	14.626,1*	14.742,6	14.848,3	15.113,2	15.288,7
<b>Finanzierungssaldo</b>	-920,1	-898,9	-980,2	-991,2	-1.087,3	-827,8
<b>Zinsausgaben</b>	1.756,1	1.775,1	1.776,1	1.830,1	1.903,9	1.942,7
<b>bereinigte Nettoausgaben</b> (Nettoausgaben minus Zinsausgaben)	12.494,9	12.851,0	12.966,5	13.018,2	13.209,3	13.346,0
<b>Primärüberschuß</b> (Nettoeinnahmen minus bereinigte Nettoausgaben)	836,0	876,2	795,9	838,9	816,6	1.114,9
<b>Nettokreditaufnahme</b>	1.111,9	950,0	984,0	995,0	1.076,0	830,0

\* einschl. 63,7 Mio. DM üpl Mittel (Tarif- bzw. Besoldungserh.)

Im Zuge der günstigen Konjunktorentwicklung des Jahres 1998 und der deutlich gestiegenen Steuereinnahmen hat sich der Primärüberschuß im vergangenen Jahr 1998 mit rd. 836 Mio. DM gegenüber dem Vorjahr (506 Mio. DM) um mehr als die Hälfte verbessert. Die positive Entwicklung setzt sich aufgrund des noch höheren Wachstums der Nettoeinnahmen im Vergleich zur Ausgabenentwicklung auch 1999 noch fort. Der geringere Zuwachs bei den Steuereinnahmen und die ebenfalls niedrigeren Erlöse aus Liegenschaftsübertragungen führen ab dem Jahre 2000 nur noch zu einem geringen Anstieg der Nettoeinnahmen. Damit verschlechtert sich der Primärüberschuß insbesondere im Jahre 2000; erst danach steigt er wieder an.

### 3.3 Tilgungsausgaben (Kreditmarkt)

Mit dem Rückgang der Zinsen sind im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements in den letzten Jahren die Kreditlaufzeiten wieder verlängert und damit die Laufzeitstruktur des Gesamtschuldenstandes verbessert worden. Trotz eines ansteigenden Schuldenstandes bewegen sich deshalb die Tilgungsfälligkeiten in den nächsten Jahren auf einem relativ niedrigen Niveau von ca. 3,4 Mrd. DM und steigen erst im Jahre 2003 wieder stärker auf an. Im laufenden Jahr 1999 war das Tilgungsvolumen aufgrund von Sonderfaktoren deutlich niedriger als in den Vorjahren.

In Anlehnung an die Entwicklung in den Vorjahren sind in den Tilgungsausgaben neben den planmäßig fälligen Tilgungen zusätzlich 350 Mio. DM für vorzeitige Umschuldungen und Rückkäufe von Emissionen des Landes veranschlagt.

Im einzelnen entwickeln sich die Tilgungen wie folgt:

Haushaltsjahr		Tilgungen (Kreditmarkt)
		- in Mio. DM -
Soll	1999	2.666,7
Entwurf	2000	3.430,2
Planung	2001	3.367,4
Planung	2002	3.379,9
Planung	2003	4.753,1

**4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke (ohne Leistungen in den Länderfinanzausgleich)**

Für die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an andere öffentliche Haushalte, an Private und sonstige Empfänger ist folgende Gesamtentwicklung angenommen worden:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	1999	4.691,3	2,4
Haushaltsentwurf	2000	4.890,8	4,3
Planung	2001	5.090,3	4,1
Planung	2002	5.231,5	2,8
Planung	2003	5.366,4	2,6

Der weit überwiegende Teil der Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke sind laufende Ausgaben an die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes (Schlüsselzuweisungen, Sozialhilfe, Wohngeld und dgl.). Überproportional steigen im Finanzplanungszeitraum erneut die Erstattungen des Landes für die Sozialhilfe und die Schlüsselzuweisungen.

Im Planungszeitraum ist für die nichtinvestiven Zuwendungen an die Gemeinden folgende Entwicklung vorgesehen:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt	1999	3.274,5	3,7
Haushaltsentwurf	2000	3.429,6	4,7
Planung	2001	3.611,6	5,3
Planung	2002	3.762,7	4,2
Planung	2003	3.906,1	3,8

Für den Länderfinanzausgleich sind folgende Beträge eingeplant:

		<u>Mio. DM</u>	
Haushalt	1999	Einnahme	30,0
Haushaltsentwurf	2000	Einnahme	106,0
Planung	2001	Einnahme	105,0

Planung	2002	Einnahme	113,0
Planung	2003	Einnahme	123,0

Auch bei den übrigen nichtinvestiven Zuwendungen sind die Ausgaben zu einem großen Teil gesetzlich oder faktisch gebunden (z.B. Ausbildungsförderung, Zuweisungen an die Universitätskliniken, Zuschüsse an private Schulen, Finanzierungsanteile für Forschung, Leistungen an die Kirchen und die Landwirtschaftskammer, Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz).

Es sind folgende Beträge eingeplant:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>	
Haushalt	1999	1.416,8	-	0,4
Haushaltsentwurf	2000	1.461,2	+	3,1
Planung	2001	1.478,7	+	1,2
Planung	2002	1.468,8	-	0,7
Planung	2003	1.460,3	-	0,6

### 5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Finanzplan weist ein Investitionsvolumen von 7,3 Mrd.DM aus. Im einzelnen ist folgende Entwicklung vorgesehen:

	Haushalt	Haushalts-	Planung	Planung	Planung
	1999	entwurf	2001	2002	2003
	- Mio. DM -				
1) Hochbaumaßnahmen	208,0	189,1	149,6	126,6	111,3
2) Tiefbaumaßnahmen	104,4	126,4	137,3	133,7	130,6
3) Ausrüstungsinvestitionen	125,8	127,0	113,1	112,6	108,7
4) Erwerb von unbeweglichen Sachen und Beteiligungen	57,5	6,2	6,7	5,7	5,7
5) Summe (2 bis 4) = Sachinv. des Landes	287,7	259,6	257,1	252,0	245,0
6) Investitionsförderung					
- der Kommunen	620,8	614,3	625,7	625,6	616,7
- der Wirtschaft	472,8	438,3	444,9	387,5	361,7
- sonstige Investitionsförderung	9,1	8,3	7,9	7,2	7,5
7) Summe (1,5,6) = Gesamte Inv. des Landes	1.598,5	1.509,5	1.485,2	1.398,9	1.342,2

Ergänzend kommen die Investitionen von Stiftungen (Energienstiftung, Technologiestiftung) hinzu, die weitgehend aus Eigenmitteln finanziert werden, zu denen das Land durch Aufstockung der Stiftungsvermögen beigetragen hat. Erhebliche Investitionsmittel fließen auch

aus Sondervermögen, z. B. für den Wohnungsbau.

Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Nettoausgaben - ohne Länderfinanzausgleich) wird von 10,9 % in 1999 auf 8,8 % in 2003 zurückgehen. Dies ist auch auf die Übertragung der Grundstücke des Landes auf die Investitionsbank und der damit verbundenen Finanzierung von Neubauvorhaben und kleinen Baumaßnahmen im Rahmen der Mietzahlungen zurückzuführen.

V. Kommunalen Finanzausgleich  
und Steuereinnahmen der Kommunen

1. **Kommunaler Finanzausgleich**

Der kommunale Finanzausgleich ist berechnet auf der Grundlage der mittelfristigen Steuerschätzung und des ab 01. Januar 1999 geltenden Finanzausgleichsgesetzes.

Die Finanzausgleichsmasse 2000 beruht auf der Steuerschätzung vom Mai 1999. Sie enthält die Abrechnung für das Jahr 1998 und berücksichtigt darüber hinaus folgende Kürzungen bzw. Zuführungen zur Finanzausgleichsmasse:

Pauschale Kürzung der Finanzausgleichsmasse	-	50,00 Mio DM
Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens	+	11,50 Mio DM
Zuweisungen zur Förderung der Musikschulen	-	0,37 Mio DM
Pauschalierte Mietkosten der Frauenhäuser (Landesanteil)	+	0,39 Mio DM

Danach stellt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 1999 bis 2003 folgend Beträge zur Verfügung:

	- Mio DM -	Steigerung in	
		- Mio DM -	- v.H. -
1999	1.886,0	+ 71,9	+ 4,0
2000	1.993,4	+ 107,4	+ 5,7
2001	2.093,3	+ 99,9	+ 5,0
2002	2.172,1	+ 78,8	+ 3,8
2003	2.256,4	+ 84,0	+ 3,9

Daneben werden die Gemeinden entsprechend ihrem Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer mit 26 v.H. an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen beteiligt, die das Land im Zusammenhang mit der 1996 erfolgten Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (5,5 Umsatzsteuerpunkte) erhält, und zwar

1999 (einschl. Abrechnung 1997)	112,5 Mio DM
2000 (einschl. Abrechnung 1998)	121,4 Mio DM
2001	125,0 Mio DM

2002	136,0 Mio DM
2003	141,0 Mio DM

Die Finanzausgleichsmasse und ihre Entwicklung im Planungszeitraum ist in der Anlage 6 dargestellt.

## 2. Steuereinnahmen der Kommunen

Auf der Grundlage des regionalisierten Ergebnisses der Steuerschätzung vom Mai 1999 können die Gemeinden und Kreise in den kommenden Jahren mit folgenden Steuereinnahmen rechnen:

	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio DM				
Grundsteuer A	34	34	34	35	35
Grundsteuer B	483	500	517	534	552
Gewerbsteuer	1.466	1.514	1.508	1.669	1.713
Gemeindeanteil an der LSt und ESt	1.498	1.555	1.634	1.607	1.719
Gemeindeanteil am					
Zinsabschlag	47	55	59	61	62
Gemeindeanteil an der USt	140	146	151	156	162
Gewerbsteuerumlage (100%)	-194	-198	-191	-210	-214
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	-163	-167	-174	-186	-190
<b>Summe</b>	<b>3.311</b>	<b>3.439</b>	<b>3.538</b>	<b>3.666</b>	<b>3.839</b>
<b>Zuwachs</b>					
in Mio DM		+128	+99	+128	+173
in v. H.		+3,9	+2,9	+3,6	+4,7

<b>Nachrichtlich:</b>					
<b>Zuwächse im Vergleich</b>					
<b>- Kommunalen Finanzausgleich</b>					
in Mio DM		+107,4	+99,9	+78,8	+84,0
in v. H.		+5,7	+5,0	+3,8	+3,9
<b>- Steuereinnahmen des Landes (einschl. LFA, BEZ)</b>					
in v. H.		+2,6	+3,5	+3,9	+3,8
<b>- Nettoausgaben des Landes (ohne LFA)</b>					
in v. H.		+0,8	+0,7	+1,8	+1,2

## VI. Schwerpunkte überwiegend wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen

### 1. „Zukunftsinitiative SH 2000“

Die „Zukunftsinitiative SH 2000“ steht auf drei Säulen:

#### 1.1 „Regionalprogramm 2000“

Das Regionalprogramm 2000 soll an die Erfolge des auf Ende 1999 befristeten „Regionalprogramm für die strukturschwachen ländlichen Räume“ anknüpfen und in einer Partnerschaft mit den Regionen, den Wirtschafts- und Sozialpartnern und anderen Akteuren neue Impulse für die Entwicklung der strukturschwachen Regionen und damit des ganzen Landes auslösen. Das Regionalprogramm 2000 bildet ein gemeinsames Dach für die Ziel-2 Förderung der Europäischen Union (EU) aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die Phasing-Out-Förderung der Europäischen Union aus dem EFRE für das bisherige Ziel 5 b-Fördergebiet, die Infrastrukturförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) sowie eine ergänzende Landesförderung.

Das Fördergebiet entspricht der Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und umfaßt die Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde, Plön und Ostholstein, die Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck sowie die Insel Helgoland (Kreis Pinneberg) und die Gemeinde Büttel (Kreis Steinburg), verteilt auf die Förderregionen Flensburg/Schleswig, Westküste, K.E.R.N.-Region und Lübeck/Ostholstein.

Das vorrangige Ziel des Regionalprogramms 2000, die Unterstützung des Strukturwandels zur Schaffung zusätzlicher hochwertiger Arbeitsplätze, soll durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, durch Maßnahmen zur Stärkung des technologischen Potentials und der Innovationskraft der Unternehmen, durch Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und durch die Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen, insbesondere auch durch Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifizierung der Arbeitnehmer und durch Förderung von Projekten der Informationsgesellschaft, erreicht werden. Dabei sollen die Ziele eines nachhaltigen Wirtschaftens ebenso Berücksichtigung finden wie das Ziel einer Verbesserung der Beschäftigungs- und Qualifizierungschancen für

Frauen. Zum Förderspektrum gehört auch die Förderung produktiver Investitionen insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. (betriebliche Förderung) im Ziel 2-Fördergebiet durch EFRE-Mittel. Das Programm erstreckt sich auf den Zeitraum 2000-2006 analog zu der Strukturfondsförderung der Europäischen Union.

Die Auswahl der zu fördernden Projekte wird auf der Grundlage der von den Regionen aufgestellten Prioritätenlisten im Rahmen eines Qualitätswettbewerbes vorgenommen. Förderungsvorrang haben „regionale Leitprojekte“. Die Projekt werden primär nach ihrem Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung bewertet.

In den Jahren 2000-2003 werden vorrangig zur Kofinanzierung der EU-Strukturfondsmittel des EFRE nach dem Ziel 2 und der Phasing-Out-Förderung für das ehemalige Ziel 5 b-Fördergebiet zunächst 85,0 Mio. DM zur Verfügung gestellt, und zwar

	<u>Mio. DM</u>
2000	15,0
2001	25,0
2002	25,0
2003	20,0

## 1.2 „Programm Zukunft auf dem Land“

Das Programm „Zukunft auf dem Land“ zielt darauf ab, die endogenen Entwicklungspotentiale in ländlichen Räumen zu nutzen. In den rd. 1.000 kleineren Gemeinden, in denen ca. 40 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung wohnt, bieten sich vielfältige Standortangebote für eine dorfgemäße Entwicklung. Zugleich gilt es, die infrastrukturelle Grundausstattung zu sichern, den Naturhaushalt langfristig zu festigen und zu erhalten und dabei auch innovative Ansätze zur Erhaltung und zur Verbesserung der Grundversorgung unter Nutzung neuer Informationstechniken zu unterstützen. Besondere Priorität hat dabei die überörtliche Kooperation und die Auseinandersetzung mit den künftigen, integrierten Entwicklungsansätzen der Gemeinden. Die aktuelle Entwicklung in Schleswig-Holstein, aber auch in der ganzen EU belegt, daß unter den heutigen infrastrukturellen Bedingungen der ländliche Raum für viele Unternehmen ein attraktiver Standort ist. Diese Chancen muß gerade Schleswig-Holstein nutzen. Dabei ist die Erhaltung einer attraktiven Natur und Landschaft auch mit Hilfe der Agrarumweltprogramme von Bedeutung. Ein wichtiges Teilziel des Programmes wird es sein, die ständige Modernisierung der Land- und Ernährungswirtschaft zu

begleiten und damit deren vergleichsweise starke Position gegenüber der nationalen und internationalen Konkurrenz zu sichern.

Die Schwerpunktbereiche sind:

- ländliche und touristische Infrastruktur
- innovative, möglichst privatwirtschaftlich orientierte Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Grundversorgung und des Dienstleistungsangebotes, Nutzung neuer informationstechnischer Möglichkeiten im ländlichen Raum, Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Frauen
- Nutzung des Wirtschaftsstandortes ländlicher Raum
- Umnutzung von ehemals landwirtschaftlichen Gebäuden und Betriebsflächen für Handwerk, Tourismus, Dienstleistungen etc.
- Förderung innovativer Projekte im Bereich Handwerk und Tourismus
- Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe in landwirtschaftsnahe und außerlandwirtschaftliche Geschäftsfelder
- Förderung von Modernisierungsinvestitionen in der Landwirtschaft und für die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- Sicherung der natürlichen Vielfalt und der Landschaft

Aussagen zum Mittelvolumen sind derzeit noch nicht möglich.

### 1.3 „ASH 2000“

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat höchste Priorität für die Landesregierung. Deshalb wird die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgebaut und fortgesetzt.

Durch das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ (ASH I) (Laufzeit 1. April 1989 bis 31. Dezember 1991) sind mit rd. 222 Mio. DM einschließlich der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 31.423 Förderfälle erreicht worden. Das Programm ASH II schloß sich nahtlos an und lief bis zum 31. Dezember 1994. Mit diesem Programm wurden 24.534 Förderfälle mit einem Gesamtvolumen von 145 Mio. DM einschließlich ESF und Mittel aus der Ausgleichsabgabe für das Schwerbehindertenprogramm erreicht. Das Programm ASH III schloß sich wiederum an ASH II nahtlos ab 1. Januar 1995 an und läuft wegen der längeren Planungszeiträume bei der Europäischen Union bis zum 31. Dezember 1999 mit zwei sich anschließenden Auslaufjahren. Am Ende werden mit voraussichtlich 311 Mio. DM Landes- und ESF-Mitteln rd. 48.000 Förderfälle erreicht werden.

Ab 1. Januar 2000 wird sich EU-konform bis zum 31. Dezember 2006 im Rahmen des Programmes „Zukunftsinitiative SH 2000“ als eine der drei Säulen „ASH 2000“ anschließen.

An Landesmitteln sind für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im mittelfristigen Zeitraum veranschlagt:

		<u>Mio. DM</u>
Haushalt	1999	36,0
Haushaltsentwurf	2000	37,5
Planung	2001	37,5
Planung	2002	37,5
Planung	2003	37,5

Diese Mittel sollen durch Mittel der Ausgleichsabgabe von jährlich 3 Mio. DM für das Schwerbehindertenprogramm und durch Mittel des Europäischen Sozialfonds ergänzt werden, so daß sich die Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch erhöhen. Die Anteile des ESF haben sich gegenüber früheren Jahren erheblich erhöht, weil das Land alle nur denkbaren Möglichkeiten der Kofinanzierung des Arbeitsmarktprogramms der Landesregierung durch den ESF gesichert hat. Deshalb sind die Förderkonditionen noch mehr als bisher auf die Voraussetzungen der Förderung durch die Europäische Union abgestellt. Im Ansatz für das Jahr 2000 sowie in der Planung für die Jahre 2001 bis 2003 sind auch Mittel für das neue Arbeitsprogramm enthalten. Zu den Landesmitteln kommen jährlich rd. 32,9 Mio DM ESF-Mittel aus den Zielen 2 und 3 hinzu.

Mit der gleichen Zielrichtung wie bei der „Zukunftsinitiative SH 2000“ hat die Landesregierung zusätzlich die Programme „Innovation schafft Arbeit“ und „Arbeit, Bildung, Innovation“ aufgelegt.

#### **1.4 „Innovation schafft Arbeit“**

Die Förderung neuer Technologien und deren Anwendung ist ein Schwerpunkt der Technologie- und Wirtschaftspolitik des Landes. Das neue Programm „Innovation schafft Arbeit“ soll verteilt auf drei Jahre auf drei Schwerpunkte konzentriert werden, damit eine nachhaltige Entwicklung induziert wird:

- Die Förderung von Innovationssprüngen in den wichtigsten Technologiebereichen wie Biotechnologie, Mikrosystemtechnik, Medizintechnik und Softwareentwicklung.

- Haushaltmäßige Unterlegung einer ganzheitlichen Strategie im Bereich Informations- und Kommunikations-Technologie und Informationsgesellschaft.
- Bildung eines Mikroelektronikschwerpunktes am Standort Itzehoe, um hier die kritische Masse zu erreichen, die einen selbsttragenden Wachstumsprozeß initiiert.

Eingeplant sind insgesamt 25,5 Mio DM.

### 1.5 „Arbeit, Bildung, Innovation“

Das Zukunftsprogramm „Arbeit, Bildung, Innovation“ ist im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 1999 am 21.12.1998 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen worden. Bis 2001 sollen zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von rd. 130 Mio DM, davon 100 Mio DM Landesmittel, für Projekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Förderung von neuen Technologien bereitgestellt werden. Zielsetzung des neuen Programms unter der Federführung des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr ist die Stärkung der Innovationstätigkeit und die weitere Verbesserung der Infrastruktur für die Aus- und Weiterbildung. Das neue Programm ist ein Beitrag des Landes für ein Bündnis „Arbeit für Schleswig-Holstein“. Die Mittel werden wie folgt bereitgestellt:

Haushalt 1999	42,4 Mio DM
Planung 2000	52,2 Mio DM
Planung 2001	33,9 Mio DM

## 2. Förderung der Bildung

Die Landesregierung macht bereits zum kommenden Schuljahr 1999/2000 angestellten Lehrkräften in Schleswig-Holstein das Angebot, in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Dieses Angebot ist an folgende Voraussetzungen gebunden:

- Es gilt nur für unbefristet eingestellte Angestellte.
- Diese müssen zunächst als Angestellte arbeiten und eine fünfjährige versicherungspflichtige Beschäftigungszeit nachweisen (inklusive Referendariat oder auch Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes).
- Die angestellten Lehrkräfte müssen einen Antrag stellen, wenn sie verbeamtet werden wollen.
- Sie müssen die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen.
- Ihre Leistung muß nachgewiesen werden.

Insgesamt werden sich einschließlich des Jahres 2004 Minderausgaben von gut 200 Millionen DM ergeben, wenn alle in Betracht kommenden Lehrkräfte verbeamtet werden.

Zusätzlich zu den bereits in der Finanzplanung enthaltenen 200 neuen Lehrstellen hat die Landesregierung zur soliden Qualitätssicherung für die Schulen beschlossen, auch künftig freiwerdende Stellen wiederzubesetzen und weitere 800 neue Stellen bis zum Jahr 2004 zu schaffen. Daneben werden im Haushalt 2000 insgesamt 50 neue Stellen für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Studienreferendarinnen und -referendare eingerichtet.

Unter dem Strich werden die Personalausgaben für Lehrkräfte von 2.008 Millionen DM im Entwurf des Landeshaushalts 2000 auf 2.089 Millionen DM am Ende des Finanzplanungszeitraumes steigen.

Im Bereich der sogenannten Stundengebermittel wird durch einen geänderten Deckungsvermerk zu den Personalkosten der Lehrkräfte die Flexibilität erhöht (Geld statt Stellen).

### **3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Kap. 0603)**

Es sind vorgesehen:

- verstärkte Förderung für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur; Vorrang haben dabei Projekte in den vom Truppenabbau betroffenen Standorten und
- mit abnehmendem Gewicht die Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben, wobei sich die Förderung auf Investitionsvorhaben von Unternehmen in den vom Truppenabbau besonders betroffenen Standorten konzentriert.

Ab 1999 sind folgende Beträge vorgesehen (Bundes- und Landesmittel jeweils 50 v.H.):

1999	=	45,04 Mio. DM
2000	=	45,70 Mio. DM
2001	=	58,50 Mio. DM
2002	=	54,84 Mio. DM
2003	=	54,84 Mio. DM

Die Förderung erfolgt ab dem Jahr 2000 als Teil des neuen 'Regionalprogramms 2000'.

#### **4. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 0803)**

Der Rahmenplan 1999 für die Gemeinschaftsaufgabe weist Ausgaben in Höhe von 157,8 Mio. DM aus. Da gemäß Beschluß des PLANAK ab 2000 der Anteil der alten Bundesländer am Gesamtplafond von 64 % auf 67 % aufgestockt werden soll, sind für die Jahre 2000 bis 2003 jährlich rd. 159,8 Mio. DM vorgesehen.

##### **4.1 Verbesserung der Agrarstruktur**

Für diesen Teil der Gemeinschaftsaufgabe beträgt das Programmvolumen im Planungszeitraum 452,1 Mio. DM.

##### **4.2 Verbesserung des Küstenschutzes**

Für den finanziellen Schwerpunkt Küstenschutzmaßnahmen sind im Planungszeitraum 340,7 Mio. DM für die Durchführung der Programme vorgesehen. Von dem Gesamtbetrag entfallen rd. 60 v.H. auf investive Maßnahmen im unmittelbaren Deichbereich. Die übrigen Mittel werden zur Sicherung des Vorlandes vor den Deichen eingesetzt, die als Ergänzung zu den Deichbaumaßnahmen unbedingt notwendig sind.

#### **5. Energieeinsparung**

Für energiewirtschaftliche Maßnahmen sind im Planungszeitraum insgesamt 18,5 Mio. DM vorgesehen.

Hiermit sollen insbesondere die vom Land aufgelegten Förderprogramme finanziert werden. Schwerpunkte sind die Förderung von erneuerbaren Energien, insbesondere Biomasse, Solarenergie und Maßnahmen zur Fernwärmeverteilung. Daneben werden Maßnahmen zur Nutzung der Windenergie, zur Stromeinsparung sowie nachträglicher Wärmedämmung gefördert.

## 6. Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume

Zur Überwindung der Strukturschwäche in den Regionen Westküste und Landesteil Schleswig führt das Land seit 1989 Regionalprogramme durch. Das Fördergebiet umfaßt die Regionen Westküste, Landesteil Schleswig, den Kreis Rendsburg/Eckernförde mit seinem Ziel - 5b Fördergebiet und die strukturschwachen Teile der Kreise Plön und Ostholstein.

Das Regionalprogramm verfolgt als Programmziel die Verbesserung der regionalen Standortfaktoren, die Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels und die Erschließung neuer Beschäftigungspotentiale (insbesondere für Frauen) unter Berücksichtigung der ökologischen Funktion des ländlichen Raums. Schwerpunkt der Förderung ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die Laufzeit des Programms ist begrenzt bis Ende 1999. Für die Abwicklung des Programms werden auch in den Jahren 2000 und 2001 Mittel bereitgestellt.

In den Jahren 1999 bis 2001 ist ein Programmvolumen von insgesamt 46,1 Mio DM vorgesehen; hiervon entfallen auf die Jahre 1999 bis 2001 folgende Beträge:

	<u>Mio DM</u>
1999	30,0
2000	6,6
2001	9,5

## 7. Landesinitiative Informationsgesellschaft

Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in Wirtschaft und Gesellschaft ist ein bedeutender Wettbewerbsfaktor für die Wirtschaft und den Standort Schleswig-Holstein insgesamt. Die Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein fördert Leitprojekte der IKT-Anwendung und der Vernetzung per Internet in allen wichtigen Lebensbereichen. Für diese Landesinitiative sind im Zeitraum 1999 bis 2001 insgesamt 8 Mio DM eingeplant, davon werden 2 Mio DM in 1999 und je 3 Mio DM in 2000 und 2001 zur Verfügung gestellt.

## 8. EXPO 2000

Schleswig-Holstein will sich mit Beiträgen im eigenen Land und in Hannover an der Weltausstellung EXPO-2000 beteiligen. Die Weltausstellung im Jahre 2000 will unter dem Motto „Mensch, Natur und Technik“ Lösungsmöglichkeiten für globale und regionale Problemstellungen aufzeigen. Mit innovativen Projekten wird Schleswig-Holstein die EXPO 2000 nutzen, um sich mit eigenem, unverwechselbarem Profil im stärker werdenden Wettbewerb der Regionen zu positionieren.

Für die Beteiligung Schleswig-Holsteins an der EXPO 2000 und den damit zusammenhängenden Landesaktivitäten ist seit 1997 ein Landeszuschuß von 4,2 Mio. DM eingeplant. Dieser Betrag soll um weitere 4 Mio. DM durch Sponsorengelder, Fördergelder von Bund und EU und Mittel der Investitionsbank aufgestockt werden.

## **9. Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen (außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“)**

Die gewerbliche Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist in überdurchschnittlichem Maße mittelständisch strukturiert. Die angespannte Haushaltslage sowie der wachsende Standortwettbewerb unter den Wirtschaftsregionen Europas erfordern eine Steigerung der Effizienz der Wirtschaftsförderung und den Abbau von Subventionen. Dieses Ziel soll schwerpunktmäßig durch eine Rückführung der direkten einzelbetrieblichen Förderung zugunsten eines Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung erreicht werden.

### **9.1 Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften**

Zum Ausgleich der durch die Subventionspraxis anderer Staaten hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen werden deutschen Werften für den Bau technologisch hochwertiger Schiffe im Rahmen von Bund-/Länderprogrammen Wettbewerbshilfen gewährt. Vor dem Hintergrund, daß das OECD-Abkommen über die Wiederherstellung normaler Wettbewerbsverhältnisse durch die USA noch nicht ratifiziert ist, hat die EU-Kommission die 8. Schiffbau Richtlinie bis Ende 2000 verlängert. Der EU-Ministerrat hat den Verordnungsentwurf über die Neuregelung der Beihilfen im Schiffbau am 7.5.98 genehmigt. Danach wird es noch bis Ende 2000 möglich sein, weitere Betriebsbeihilfen zu gewähren. Trotz der angespannten Haushaltslage beteiligt sich das Land wesentlich auch an der 7. und 8. Programmfortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms. Insgesamt sind für den Planungszeitraum Landesmittel in Höhe von 124,9 Mio. DM vorgesehen.

## **9.2 Berufliche Aufstiegsfortbildung**

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung. Für Schuldendiensthilfen und Zuwendungen sind insgesamt 15,4 Mio. DM eingeplant. Davon werden vom Bund 11,1 Mio. DM erstattet.

## **9.3 Aus- und Weiterbildung**

Die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Beschäftigten sind wichtige Standortvorteile. Schwerpunktmäßig sind Mittel für die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die träger- und einrichtungsübergreifenden Weiterbildungsaufgaben (Weiterbildungsinfrastruktur), die Förderung der Ausbildungsbereitschaft im dualen System und benachteiligter Jugendlicher sowie für die Investitionsförderung von Berufsbildungsstätten vorgesehen.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 51,5 Mio. DM eingeplant.

## **9.4 Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH**

Gesellschafter der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) sind zu 51 % das Land Schleswig-Holstein und zu 49 % die drei Industrie- und Handelskammern in Flensburg, Kiel und Lübeck. Aufgrund des besonders großen Landesinteresses wird die WSH finanziell zu 95 % vom Land Schleswig-Holstein getragen. Zum Aufgabengebiet gehören neben der Akquisition von Unternehmensansiedlungen insbesondere auch die Organisation und Durchführung von Firmengemeinschaftsständen auf internationalen Messen und Ausstellungen, die Durchführung von Außenwirtschaftsveranstaltungen sowie die Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen. Für den Planungszeitraum sind Landesmittel in Höhe von 21,8 Mio. DM vorgesehen.

## **9.5 Außenwirtschaftsförderung**

Für die Jahre 1999 bis 2003 sind für Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten insgesamt rd. 5,8 Mio. DM eingeplant.

## **9.6 Verbesserung der Innovationskraft der Wirtschaft**

Für die Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und den Technologietransfer zur Stärkung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein stehen im Planungszeitraum insgesamt rd. 43,7 Mio. DM zur Verfügung.

## **9.7 Programm "Innovation schafft Arbeit"**

Die Förderung neuer Technologien und deren Anwendung ist ein Schwerpunkt der Technologie- und Wirtschaftspolitik des Landes. Das neue Programm "Innovation schafft Arbeit" soll verteilt auf drei Jahre auf drei Schwerpunkte konzentriert werden, damit eine nachhaltige Entwicklung induziert wird:

- Die Förderung von Innovationssprüngen in den wichtigsten Technologiebereichen wie Biotechnologie, Mikrosystemtechnik, Medizintechnik und Softwareentwicklung.
- Haushaltmäßige Unterlegung einer ganzheitlichen Strategie im Bereich Informations- und Kommunikations-Technologie und Informationsgesellschaft.
- Bildung eines Mikroelektronikschwerpunktes am Standort Itzehoe, um hier die kritische Masse zu erreichen, die einen selbsttragenden Wachstumsprozeß initiiert.

Eingeplant sind insgesamt 25,5 Mio DM.

## **9.8 Förderung von Betrieben im Bereich Forschung, Entwicklung und moderner Technologie**

Die Fördermaßnahmen dienen der Verbesserung der Struktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Bereich moderner Technologien, wie z.B. Umwelt-, ökologische Bio-, Energie, Kommunikations- und Informationstechnologie, Medizin und Meerestechnik.

Der Einstieg in Produktionen, die auf solchen modernen Technologien basieren, ist wegen des notwendigen Technologietransfers oft mit erheblichen Vorlauf- und Anlaufkosten sowie bei Pilot- und Demonstrationsvorhaben mit beträchtlichen technischen und damit auch finanziellen Risiken verbunden. Zur Absicherung der Finanzierung sind daher in Einzelfällen öffentliche Hilfen geboten.

Eingeplant sind für 1999 bis 2003 insgesamt 20,4 Mio. DM.

### **9.9 Wagniskapitalprogramm**

Das Programm zur Übernahme von Wagniskapitalbeteiligungen und zur Gewährung von Beratungskostenzuschüssen für Beteiligungsnehmerinnen und Beteiligungsnehmer wird seit 1997 aus dem Landeshaushalt finanziert. Im Planungszeitraum sind Mittel von insgesamt 20 Mio. DM vorgesehen.

### **9.10 Existenzgründerinnenprogramm**

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und der Anpassungsdruck aus einem wirtschaftlich-technischen Strukturwandel, der globalen Einflüssen unterliegt, hat weitreichende negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Zahl der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund ist gerade das Nachwachsen junger Unternehmen, also die Gründung neuer selbständiger Existenzen, eine wichtige Voraussetzung für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Um den besonderen Anforderungen von Existenzgründerinnen gerecht zu werden, sind je Programmjahr zur Abfederung von Ausfallrisiken aus Darlehenszusagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein und für Verwaltungskosten Mittel von jeweils bis zu 1 Mio DM eingeplant. Das Programm wird mit bestehenden Bundesprogrammen und Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie der Deutschen Ausgleichsbank verzahnt.

### **9.11 Zuweisungen der EU im Rahmen der Ziel-2-/Ziel-5b-Programme einschließlich der Gemeinschaftsinitiativen LEADER II und URBAN**

Es wird erwartet, daß die EU im Planungszeitraum 37,7 Mio. DM für Förderungen bereitstellt.

Dabei wird davon ausgegangen, daß die erforderlichen nationalen Komplementärmittele grundsätzlich von anderen Trägern als dem Land aufgebracht werden. Für den Bereich des Regionalprogramms kommt eine entsprechende Mitfinanzierung im Rahmen verfügbarer Mittel in Betracht.

Im Rahmen des neuen Ziel-2-Programms werden ergänzende EU-Fördermittel erwartet, die jedoch noch nicht beziffert werden können.

## **10. Verkehrsbereich**

### **10.1 Landesstraßen- und -radwegebau**

Für den Landesstraßenbau (einschließlich Deckenerneuerung) sind in den Jahren 1999 bis 2003 insgesamt rd. 332 Mio. DM veranschlagt bzw. eingeplant, und zwar

rd. 89 Mio. DM für die Deckenerneuerung,  
rd. 243 Mio. DM für den Um- und Ausbau einschließlich Grunderwerb.

Die Mittel für Planung und Bauvorbereitung dienen u.a. zur Bindung von Bundesmitteln und sind in Höhe von rd. 105 Mio. DM eingeplant.

Im Rahmen der Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind für kleinere Investitionsmaßnahmen sowie für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, Maschinen und Geräten für den Finanzplanungszeitraum insgesamt rd. 42 Mio. DM vorgesehen.

### **10.2 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für ÖPNV und kommunalen Straßenbau**

Für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen aus dem Mineralölsteueraufkommen. Grundlage ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG -.

Für den Planungszeitraum sind rd. 427 Mio. DM vorgesehen.

### **10.3 Öffentlicher Personennahverkehr**

Nach Art. 106a Grundgesetz i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz steht den Ländern ab 1. Januar 1996 ein Betrag für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Entsprechende Bundeszuweisungen sind in Höhe von rd. 1.646 Mio. DM eingeplant.

Die Einnahmen werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr benötigt. Die übrige Verwendung der Regionalisierungsmittel wird durch § 6 des ÖPNV-Gesetzes bestimmt. U.a. erhalten die kommunalen Aufgabenträger jeweils eine jährliche Pauschale in Höhe von 150.000 DM. Ein Teil wird für länderverbindende Verkehrsleistungen im Hamburger Verkehrsraum eingesetzt sowie für Nahverkehrsleistungen der Eisenbahn - AG AKN

und der Verkehrsgesellschaft Norderstedt, im übrigen für Förderungen von ÖPNV-Investitionen, vorrangig von solchen Maßnahmen, die GVFG-förderfähig sind.

Zur Verbesserung des ÖPNV in der Fläche gewährt das Land Zuschüsse zu laufenden Kosten und Investitionshilfen für

- die Kooperation von Verkehrsunternehmen zur Verbesserung des ÖPNV durch Verkehrs- und Tarifgemeinschaften, auch im Umland von Großstädten,
- die Einrichtung neuer sowie die Erweiterung oder Verdichtung bestehender Linien,
- Modellvorhaben zur Erprobung alternativer Bedienungskonzepte.

Eingeplant sind für den Planungszeitraum insgesamt rd. 12,9 Mio. DM.

#### **10.4 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen**

Das Land ist verpflichtet, bei Änderungen an Kreuzungen und Schienenwegen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, ein Kostendrittel zu übernehmen. Für den Planungszeitraum ist ein Betrag von 25 Mio. DM vorgesehen.

#### **10.5 Landeseigene Häfen**

Für Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie für den Erwerb von Fahrzeugen und Geräten sind für den Planungszeitraum 29,6 Mio. DM vorgesehen. Davon entfallen auf die Sanierung der Spundwände und der Oberflächenentwässerung im Hafen Tönning 2,8 Mio. DM, auf die Grundinstandsetzung der Ufermauern im Husumer Binnenhafen 3,5 Mio. DM und auf die Sanierung der Spundwand auf der Südseite des Husumer Außenhafens 3,4 Mio. DM.

### **11. Innere Sicherheit und Justiz**

#### **11.1 Polizei**

Für die innere Sicherheit werden von 1999 bis 2003 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei rd. 3,2 Mrd. DM ausgegeben werden. Hiervon entfallen auf Personalausgaben rd. 2,8 Mrd. DM. Für Ersatzbeschaffung und Ergänzung der Ausrüstung sind im Planungszeitraum rd. 118,0 Mio. DM vorgesehen. Darin enthalten sind rd. 30,4 Mio. DM für die Anschaffung neuer Polizeidienstfahrzeuge. 210 Nachwuchskräfte sollen 2000 in den Polizeidienst eingestellt werden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist auch weiterhin die Modernisierung der Polizei mit der landesweiten Einführung „Compas“ (computergestütztes polizeiliches Arbeitsplatzsystem).

## 11.2 Justiz

Die Modernisierung der Justiz wird konsequent fortgesetzt. Die Arbeitsabläufe der schleswig-holsteinischen Justiz werden durch IT-Technik rationeller gestaltet:

### - MEGA

Das Gesamtinvestitionsvolumen der Erstausrüstung für die rd. 1.830 Büroarbeitsplätze der 27 Amtsgerichte werden einschließlich Schulungs- und Personalkosten etwa 50 Mio. DM in den Jahren 1996 bis 2001 betragen.

Im Haushalt 2000 sollen Investitionsausgaben i.H.v. rd. 7,4 Mio. DM für die EDV-Ausrüstung der Amtsgerichte zur Verfügung gestellt werden. Für die Beratung und Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden 0,6 Mio. DM benötigt und mit weiteren 0,8 Mio. DM sollen die Anwenderinnen und Anwender geschult und fortgebildet werden. Insgesamt werden für die investiven und die laufenden Kosten der MG 05 9,3 Mio. DM für das Projekt aufgewendet und innerhalb des gesamten Planungszeitraums 34,5 Mio. DM.

### - Grundbuchautomation (Modernisierung des Registerwesens)

Gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern ist die Entwicklung eines Programmsystems zur maschinellen Führung des Grundbuchs und anderer Register (u.a. Handels-, Genossenschafts- und Vereinsregister) geplant.

Es ist vorgesehen, die Grundbuchautomation in den Jahren 1999 bis 2005 vorzunehmen. Die Investitionen für die Erstausrüstung betragen inkl. Schulungen 8,6 Mio. DM. In 2000 sind innerhalb der MG 05 für die Grundbuchautomation 1,1 Mio. DM und innerhalb des gesamten Planungszeitraumes 9,6 Mio. DM für investive und laufende Kosten veranschlagt.

Die Automation der übrigen Register soll in den Jahren 2000 bis 2004 mit einem Investitionsvolumen für die Erstausrüstung von 1,5 Mio. DM erfolgen.

Im Jahre 2000 sind für Investitionen und laufende Ausgaben 0,4 Mio. DM vorgesehen. Im Planungszeitraum sind innerhalb der gesamten MG 05 1,7 Mio. DM veranschlagt.

### - Modernisierung des Justizvollzuges

Einrichtung eines Landesbetriebes in der JVA Kiel nach § 26 LHO

Im Rahmen der Bemühungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Gesamtwertes des vollzuglichen Arbeitswesens im Resozialisierungsprozeß ist vorgesehen, die Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalt Kiel in der Rechtsform eines Landesbetriebes nach § 26 LHO zu organisieren.

Durch die Herausnahme aus der kameralistischen Haushaltsführung und der Organisation der Arbeitsbetriebe nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sollen die Beschäftigung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten erhöht, die Betriebskosten gesenkt und die Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben gesteigert werden.

Gemäß §26 LHO ist für das Jahr 2000 ein Wirtschaftsplan aufgestellt und dem Haushaltsplan als Anlage beigefügt worden. Im Haushaltsplan ist der Landesbetrieb nur noch netto mit seinen Zuführungen und Ablieferungen veranschlagt. Hierzu sind im Haushalt 2000 entsprechende Haushaltstitel neu eingerichtet worden. Die Einrichtung dieser Titel ist haushaltsneutral. Im Planungszeitraum ist bereits aufgrund der erwarteten verbesserten Wirtschaftlichkeit eine Verbesserung des Zuschußbedarfes vorgesehen.

## **12. Agrarhaushalt**

- Zur Stärkung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Beratungsringe sollen insgesamt 12,5 Mio. DM bereitgestellt werden, um damit indirekt die wirtschaftliche Situation der von den Ringen betreuten Betriebe zu verbessern.
  
- Für die Förderung der Seefischerei und ihrer Vermarktungseinrichtungen, der Binnenfischerei, der Aquakultur sowie der Umstrukturierung des Fischereisektors sind im Planungszeitraum 11,5 Mio. DM vorgesehen.  
Darüber hinaus werden Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur in Höhe von insgesamt 21,4 Mio. DM erwartet.
  
- Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrswirtschaft vor allem durch Werbemaßnahmen Dritter sind insgesamt 20,8 Mio. DM eingeplant.

## **13. Aufforstungen**

- Für Erhaltung und Ergänzung des staatlichen Waldbesitzes stehen insgesamt rd. 29,5 Mio. DM zur Verfügung.

- Für waldbauliche Fördermaßnahmen sind rd. 15,2 Mio. DM vorgesehen. Hinzu kommen weitere Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

#### 14. Umwelt

- Die für die Einleitung von Abwasser in ein Gewässer erhobenen Abgaben sind zweckgebunden zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte zu verwenden. Im Planungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 176 Mio. DM erwartet. Für die Abwasserbeseitigung werden darüber hinaus Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt.
- Im Finanzplanungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 130,0 Mio. DM aus der Grundwasserentnahmeabgabe erwartet, die für Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes, der Grundwasserbewirtschaftung und der Wasserversorgung zweckgebunden einzusetzen sind.
- Für den biologischen Flächenschutz und den Artenschutz einschließlich des Vertragsnaturschutzes im Agrarbereich sollen insgesamt rd. 115,5 Mio. DM bereitgestellt werden.
- Ab dem Jahr 2000 werden für Entschädigungen i.R.d. Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ insgesamt 6 Mio. DM für das Programm NATURA 2000 bereitgestellt.
- Für die Förderung von Vereinen, Verbänden und Sonstigen auf den Gebieten des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes sind im Finanzplanungszeitraum Ausgaben in Höhe von 16,7 Mio. DM vorgesehen.
- Rd. 42,4 Mio. DM sind für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen etatisiert. Aufgrund eines 1995 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommens mit dem Bund und den Küstenländern erstatten die übrigen Küstenländer dem Land Schleswig-Holstein im Finanzplanungszeitraum rd. 24,4 Mio. DM.

#### 15. Frauenpolitische Maßnahmen

Für frauenpolitische Maßnahmen sind insgesamt Mittel mit 26,2 Mio. DM eingeplant. Der Schwerpunkt der Förderung liegt in folgenden Bereichen:

- **Eigenständige Existenzsicherung von Frauen**

Um die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ihrer Region zu erhöhen, insbesondere aber, um Berufsrückkehrerinnen nach der Familienphase bei der Wiedereingliederung eine Hilfestellung zu geben, werden die zwölf Beratungsstellen „Frau und Beruf“ sowohl vom Land als auch von der Europäischen Union unterstützt. Ein Förderprogramm für Modellprojekte soll ferner dazu beitragen, daß innovative, die Situation von Frauen verbessernde Ansätze der Arbeitsmarktpolitik erprobt werden können.

- **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**

Die Beratungsstellen und Notrufgruppen bilden die Basis einer flächendeckenden Versorgung: Sie unterstützen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, und wirken mit bei der Gewaltprävention. Dieses Angebot wird ergänzt durch Modellprojekte, deren Auftrag es ist, die Arbeit von Polizei, Justiz, Frauenhäusern und Notrufgruppen im Interesse einer wirksamen Gewaltprävention und -sanktion zu koordinieren.

- **Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes**

Die rund 1.800 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die in den Kommunen, den Hochschulen und den Landesbehörden tätig sind, sind das Fundament einer erfolgreichen Frauenpolitik. Ihre Tätigkeit wird umso effektiver sein, je mehr sie sich untereinander vernetzen. Deshalb wird die Koordinierungsstelle für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte mit dem Ziel fortgeführt, eine dauerhafte Struktur der engen Zusammenarbeit zu schaffen. Darüber hinaus gewährleistet die Koordinierungsstelle ein Fortbildungsangebot, das die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten für ihre Aufgaben vorbereitet und dazu beiträgt, daß sie ihr Wissen laufend aktualisieren können.

## **16. Förderung des Wohnungsbaues**

Der Wohnungsmarkt zeigt Entspannungstendenzen. Diese treffen nicht für alle Marktsegmente gleichermaßen zu. Mit Blick auf die steigende Zahl von Haushalten mit geringem Einkommen besteht weiterhin Bedarf an Sozialwohnungen. Dies hängt auch damit zusammen, daß in den kommenden Jahren bei einer Reihe von Wohnungen die Sozialbindung entfällt.

In den letzten Jahren wurde der Wohnungsbau in Schleswig-Holstein auf hohem Niveau gefördert. Das Kreditvolumen zur Finanzierung des Wohnungsbauprogramms 1999 beträgt rd. 170 Mio. DM. Zur Finanzierung dieser Kreditaufnahme bedarf es in den folgenden Jah-

ren eines Zinszuschusses aus dem Landeshaushalt. Eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 23,6 Mio. DM ist in 1999 veranschlagt. Daneben stehen Bundesmittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Höhe von rd. 28,5 Mio. DM zur Verfügung.

Ab 2000 wird zwar nicht das Niveau der vergangenen Jahre erreicht, aber immer noch ein entscheidender Beitrag zur Verstetigung des sozialen Wohnungsbaus geleistet. Im Eigentumsbereich zielt die Förderung auf Haushalte ab, die an der Schwelle zum selbstgenutzten Eigentum stehen. Beim Mietwohnungsbau stehen neben den einkommensschwachen Haushalten die kinderreichen Familien, Alleinerziehende und Schwerbehinderte im Vordergrund. Neben dem Neubau sind aber auch die Modernisierung im Bestand, der Erwerb oder die Verlängerung von Belegungsbindungen Schwerpunkte des Landeswohnungsbauprogrammes. Mit Zinszuschüssen in Höhe von 18 Mio. DM für das Programmjahr 2000 (Verpflichtungsermächtigung 2000) kann ein Programmvolumen von bis zu 108 Mio. DM finanziert werden. Der Bund hat eine bedarfsgerechte Verringerung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau ab 2000 angekündigt. Die Höhe der auf Schleswig-Holstein entfallenden Bundesmittel für 2000 steht noch nicht fest. Bei der Veranschlagung wurden zunächst die Beträge des Jahres 1999 zugrunde gelegt.

#### 17. Städtebauförderung

- Das **Bund-Länder-Programm** zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Gemeinden wird mit einem jährlichen Programmvolumen in Höhe von z.Zt. 11,592 Mio. DM fortgesetzt. Bund, Land und Kommunen sind jeweils mit einem Drittel (3,864 Mio. DM) an der Finanzierung beteiligt.  
Zusätzlich stehen im **Landesprogramm Städtebauförderung 1998 - 2002** Landesmittel für die Jahre 1999 bis 2002 in Höhe von insgesamt 21,5 Mio. DM zur Verfügung. Diese Mittel werden komplementiert durch kommunale Mittel in Höhe von insgesamt 10,75 Mio. DM.
- Die Landesregierung hat die durch die Ministerkonferenz der ARGEBAU am 26.11.1996 beschlossene **Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt** für Schleswig-Holstein aufgegriffen. Das Land beteiligt sich am Bundesprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ (Ergänzung zum Bund-Länder-Programm Städtebauförderung).  
Der Bund stellt den Ländern für das Programm Soziale Stadt im Programmjahr 1999 Finanzhilfen in Höhe von 100 Mio. DM zur Verfügung. Davon entfallen auf Schleswig-Holstein 3,226 Mio. DM. Land und Kommunen komplementieren diese Mittel jeweils in

gleicher Höhe. Eine Programmfortsetzung ist vorgesehen.

Im Berichtszeitraum sind Landesmittel in Höhe von rd. 9,7 Mio. DM vorgesehen.

Mit dem Programm sollen bauliche und städtebauliche Investitionen zum Abbau sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Defizite in sozialen Problemgebieten gefördert werden.

Auf der Grundlage von vor Ort entwickelten integrierten Handlungskonzepten sollen auf Stadtteil- bzw. Quartiersebene möglichst viele Handlungsstränge, Aktivitäten und Ressourcen gebündelt und das eigenverantwortliche Handeln auf der lokalen Ebene nachhaltig gefördert werden. Ziel dieser neuen Städtebauförderungsmaßnahmen soll es sein, im Zusammenhang mit und in Ergänzung zu baulichen und städtebaulichen Maßnahmen Beschäftigungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu intensivieren sowie soziale, kulturelle und freizeitbezogene Aktivitäten zu initiieren.

- Im Programm „Zukunftsweisendes Bauen“ werden 1999 mit einem Volumen von 0,5 Mio. DM in Form einer investiven Projektförderung Mehrkosten für ökologisch richtungsweisende Modellvorhaben im Wohnungsbau gefördert.

#### **18. Baumaßnahmen im Hochschulbereich (Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“)**

Im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts sind Ausgabeansätze von 138 Mio. DM (1999), 133 Mio. DM (2000), 118,6 Mio. DM (2001), 120 Mio. DM (2002) und 101,5 Mio. DM (2003) vorgesehen. Mit diesem Konzept sind Grundlagen für die Finanzplanung und die Bauplanungen im Hochschulbereich geschaffen.

Nach dem Kabinettsbeschuß zum Investitionsprogramm „Arbeit, Bildung, Innovation“ stehen für den Hochschulbau in den Jahren 1999 zusätzlich 20 Mio. DM und in 2000 zusätzlich 17 Mio. DM zur Verfügung.

Im Rahmen des neuen Plafonds der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ werden die laufenden Bauvorhaben fortgesetzt und dringend benötigte Neubauvorhaben in wirtschaftlichen Zeiträumen ausfinanziert werden können.

Als größere Neubauvorhaben in 1999 sind zu nennen:

##### Universität Kiel

- Asbestentsorgung und Brandschutzmaßnahmen im Biologiezentrum

##### Universitätsklinikum Kiel

- II. Med. Klinik - Umbau von Räumen im Städtischen Krankenhaus
- Modernisierung des Kreißaaltraktes und der Frühgeborenen-Intensiv-station in der Frauenklinik

Für 2000 vorgesehene größere Neubauvorhaben:

Universitätsklinikum Kiel

- Neubau eines Neurozentrums auf dem Zentralgelände des Klinikums

Medizinische Universität Lübeck

- Errichtung von zwei Links-Herzkatheter-Meßplätzen
- Neubau der Medizininformatik und Medizintechnik

**19. Gesundheitswesen**

**19.1 Krankenhausfinanzierung**

Für Maßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind für den Zeitraum 1999 bis 2003 folgende Ausgaben eingeplant:

		<u>Mio. DM</u>
Haushalt	1999	157,3
Haushaltsentwurf	2000	160,2
Planung	2001	159,7
Planung	2002	153,2
Planung	2003	153,2

Zusammen sind dies rd.783,6 Mio. DM, die vom Land in Höhe von 444,2 Mio. DM und von den Kommunen in Höhe von 339,4 Mio. DM aufgebracht werden. Der vom Land zu zahlende sog. „Vorwegbetrag“ ist auf 15,75 Mio. DM pro Jahr festgesetzt.

Von dem Gesamtbetrag von 783,6 Mio. DM entfallen 407,6 Mio. DM auf die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Für die Finanzierung von Neu-, Um- und Ersatzbaumaßnahmen sind 376,0 Mio. DM vorgesehen.

**19.2 Fachkliniken des Landes**

Für die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Fachkliniken des Landes werden im Finanzplanungszeitraum 1999 - 2003 neben den im Kapitel 1011 veranschlagten Landesmitteln von 7,7 Mio. DM im Kapitel 1005 (MG 01 - Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur) 32,1 Mio. DM, insgesamt damit 39,8 Mio. DM, bereitgestellt. Der weitergehende Finanzierungsbedarf wird über Zuschläge zu den Pflegesätzen der Langzeitbereiche aus der Kostenträgerschaft der Sozialhilfe und der Forensischen Abteilungen aus der Kostenträgerschaft des

Landes für den Maßregelvollzug bereitgestellt. Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Akut- (Krankenhaus-) Bereiche aus dem Kapitel 1013 erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Krankenhausfinanzierung.

### **19.3 Übriges Gesundheitswesen**

Es sollen bereitgestellt werden

- insgesamt 21,0 Mio. DM in den Jahren 1999 bis 2003 für die dezentrale psychiatrische Versorgung,
- insgesamt 35,5 Mio. DM in den Jahren 1999 bis 2003 für die Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauchs einschließlich Drogenhilfeplan,
- insgesamt 14,9 Mio. DM in den Jahren 1999 bis 2003 für die Bekämpfung von Volkskrankheiten (überwiegend für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS).
- insgesamt 10,5 Mio. DM in den Jahren 1999 bis 2003 für die Unterhaltung des Krebsregisters.

## **20. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich**

### **20.1 Sozialhilfe**

Die Ansätze für die Sozialhilfe im Finanzplanungszeitraum berücksichtigen das seit 1991 bestehende sogenannte „quotale System“. Dieses sieht vor, daß die gesamten Sozialhilfekosten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gemeinsam von den Kommunen und dem Land getragen werden. Der Anteil der Kommunen wurde auf 61 v.H. und der des Landes auf 39 v.H. festgesetzt. Für die Jahre 1999 bis 2003 sind insgesamt Landesmittel i.H.v. 4.421,2 Mio. DM eingeplant.

### **20.2 Kindertageseinrichtungen und Tagespflege**

Die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Kindertagesstättengesetz wird im Finanzplanungszeitraum fortgesetzt. Hierfür sind 532,7 Mio. DM ausgewiesen. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz konnte ab dem 1. Januar 1999 ohne Übergangsregelung erfüllt werden. Das Land gewährt den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen Zuschüsse zu den Kosten des pädagogischen Personals. Hierfür sind im Finanzplanungszeitraum insgesamt 521,9 Mio. DM eingeplant. An Investitionszuschüssen zum Ausbau des Kinder-

tagesstättenplatzangebots und für Baumaßnahmen zur Anpassung an Richtlinien (räumliche und bauliche Mindestvoraussetzungen) sind ferner insgesamt 1,8 Mio. DM vorgesehen, die der Abwicklung von „Altanträgen“ dienen. Seit dem 23.6.1998 werden für nach diesem Zeitpunkt eingehende Anträge keine Investitionszuschüsse mehr gewährt. Den Trägern von Kindergärten wird aber weiterhin die Möglichkeit eingeräumt, bei der Investitionsbank zinsgünstige Darlehen zu diesem Zweck aufzunehmen (Stand 1999: 121 Mio. DM). Hierfür gewährt das Land Zinszuschüsse, damit diese Darlehen zu einem Zinssatz von 4,5 v.H. angeboten werden können. Im Finanzplanungszeitraum sind 6,4 Mio. DM an Zinszuschüssen eingeplant.

### 20.3 Folgende weitere Maßnahmen sind zu erwähnen:

- Zur Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sind im Finanzplanungszeitraum rd. 27,7 Mio. DM vorgesehen.
- Für Jugendstättenbaumaßnahmen sind rd. 11,8 Mio. DM Zuschüsse veranschlagt.
- Das Programm zur Modernisierung und zum Ausbau des Jugendaufbauwerks wird fortgesetzt. Hierfür werden seit 1994 im Landeshaushalt nur noch die Landesmittel (1999 bis 2003: 17,9 Mio. DM) veranschlagt. Darin enthalten sind Mittel für die Qualifizierung/Ausbildung von jungen Frauen mit kleinen Kindern im Jugendaufbauwerk im Rahmen des Programms zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein und Mittel im Rahmen des Investitionsprogramms „Arbeit, Bildung, Innovation“. Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für die Kosten des laufenden Betriebes des Jugendaufbauwerks werden unmittelbar den Trägern der Einrichtungen zugewiesen.
- Für die Schuldnerberatungsstellen sind im Finanzplanungszeitraum Zuschüsse in Höhe von insgesamt 16,6 Mio. DM vorgesehen, davon für die Durchführung der außer- und vorgerichtlichen Verfahren und der Insolvenzordnung 13,9 Mio. DM.
- Der den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege aus dem Ertrag des „Spiels 77“ und der Losbrieflotterie zur Verfügung stehende Betrag wird sich in den Jahren 1999 bis 2003 voraussichtlich auf 20,3 Mio. DM belaufen.
- Im Finanzplanungszeitraum sind Zuschüsse (Lotto- u. Totomittel) in Höhe von 46,0 Mio. DM an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für besondere soziale Maß-

nahmen des Landes zur Verfügung veranschlagt.

- Für Investitionen im Bereich der Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte sind Ausgaben in Höhe von 20,0 Mio. DM vorgesehen.
- Für familienfördernde Maßnahmen des Landes (u.a. Erholungsfürsorge, Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz; Beratung von Problemfamilien, Familienbildungsstätten) werden im Finanzplanungszeitraum ca. 32,7 Mio. DM bereitgestellt.

#### **20.4 Pflegeversicherung**

Wesentlicher Inhalt des Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz (Landespflegegesetz) vom 10. Febr. 1996 ist die finanzielle Förderung der Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen.

Zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgungsstruktur sieht das Landespflegegesetz die Gewährung von objektbezogenen Zuschüssen an Träger von Pflegeeinrichtungen und die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung nach Maßgabe der Richtlinien zu § 7 des Landespflegegesetzes vom 19. August 1996 vor.

Der gleichfalls angestrebten Verbesserung der sozialen Absicherung der Pflegebedürftigen durch Entlastung von lfd. Investitionskosten dienen darüber hinaus Investitionskostenpauschalen für ambulante Pflegedienste, einkommensunabhängige laufende Zuschüsse für teilstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege sowie einkommensabhängige Zuschüsse (Pflegewohngeld) für vollstationäre Pflegeeinrichtungen.

Die Finanzierungsregelungen sind am Quotalen System der Sozialhilfe ausgerichtet. Das Land trägt dementsprechend 39 v.H. der nach dem Landespflegegesetz zu übernehmenden Investitionskosten. Die Kreise und kreisfreien Städte tragen 61 v.H. der Aufwendungen. Der Landesanteil beträgt im Finanzplanungszeitraum 1999 bis 2003 209,6 Mio. DM einschließlich eines Investitionskostenanteils für die Fachkliniken des Landes in Höhe von 32,1 Mio. DM.

Die Aufwendungen sind durch Einsparungen gedeckt, die im Bereich der Sozialhilfe durch die Einführung der Pflegeversicherung entstehen.

## 21. Asyl- und Ausländerbereich

Ausgaben für den Asyl- und Ausländerbereich sind für die Jahre 1999 bis 2003 mit insgesamt 439,2 Mio. DM veranschlagt.

## 22. Staatlicher Hochbau (ohne Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)

Mit Wirkung vom 1.7.1999 ist die „Gebäudemanagement Schleswig-Holstein“ (GMSH) in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts gegründet worden. Die GMSH übernimmt die Aufgaben der bisherigen Landesbauverwaltung, die zentrale Gebäudebewirtschaftung und die zentrale Beschaffung. Mit der GMSH sollen in den nächsten fünf Jahren die vom Land genutzten Flächen um 10 % sowie die Energiekosten um 20 % reduziert werden. Ferner sollen in den nächsten 10 Jahren die sonstigen Bewirtschaftungskosten um 30 % gesenkt werden.

Die landeseigenen Liegenschaften sollen in drei Tranchen zum Ende des Jahres 1999 (1. Tranche), zu Beginn des Jahres 2000 (2. Tranche) und zu Beginn des Jahres 2001 (3. Tranche) an die Investitionsbank (IB) veräußert werden. Die Liegenschaften werden anschließend zurückgemietet.

Veranschlagt sind:

	1999	2000	2001	2002	2003
	- TDM -				
Einnahmen aus der Liegenschaftsveräußerung	340.000	250.000	200.000	-	-
Mieten	-	68.000	90.000	88.000	86.000
Kostenerstattung an die GMSH	18.306	35.907	35.908	35.908	35.908

Die Einnahmen aus der Liegenschaftsübertragung werden dabei wie Einnahmen aus Kredit behandelt.

Nach Übertragung der Liegenschaften auf die Investitionsbank werden künftig kleine und große Baumaßnahmen nicht mehr über den Einzelplan 12 abgewickelt. Ausgenommen von dieser Regelung sind insbesondere die Hochschulbauten und Baumaßnahmen im Landeshaus. Das Land ist künftig nur für Schönheitsreparaturen und nutzerspezifische Einbauten

zuständig; Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind mit der Investitionsbank abzustimmen und über Mieten zu finanzieren

Für laufende und im Planungszeitraum zu beginnende Baumaßnahmen sind ab 1999 vorgesehen (HG 7 + 8):

	1999	2000	2001	2002	2003
	- in Mio. DM -				
Verwaltungsbau	75,0	51,4	34,2	25,3	18,7
landesfinanzierter					
Hochschulbau	19,6	30,3	13,2	5,6	5,3

Im Bereich der landesfinanzierten Maßnahmen sind als größere Neubauvorhaben in 1999 zu nennen:

- Universität Kiel: Grundinstandsetzung der Gebäude Wilhelm-Seelig-Platz 6 und 7 (Gesamtbaukosten ca. 3 Mio. DM)
- Medizinische Universität Lübeck: Einrichtung einer zentralen Abfall-Sammelstation (Gesamtbaukosten ca. 1,8 Mio. DM).

Für 2000 vorgesehene und zu erwartende größere Neubauvorhaben:

- Umstellung der Abwasserleitungen auf Trennsystem bei der MUL (Gesamtkosten ca. 3 Mio. DM)
- Sanierung der Parkdeckanlage der Kinderklinik im Klinikum Kiel (Gesamtkosten ca. 1,7 Mio. DM)
- Brandschutz und statische Maßnahmen beim Institut für Weltwirtschaft (Gesamtkosten ca. 3,2 Mio. DM)
- Herrichtung Jerusalemsberg 4, Lübeck für das Brahms-Institut (Baukosten einschl. Ersteinrichtung 5,0 Mio. DM)

Gesamteinnahmen

	Haushalt 1999  TDM	Haushalt 2000 Entwurf TDM	- Planung		
			2001  TDM	2002  TDM	2003  TDM
Steuern	10.316.000,0	10.454.500,0	10.867.500	11.319.500	11.772.000
Steuerähnliche Abgaben	105.665,0	117.425,0	119.925	122.925	123.425
Länderfinanzausgleich	30.000,0	106.000,0	105.000	113.000	123.000
Bundesergänzungszuweisungen	346.000,0	436.000,0	413.000	401.000	394.000
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst	1.310.579,5	1.144.429,0	994.738	739.233	745.837
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen (ohne LFA, BEZ)	1.146.259,2	1.103.718,2	1.059.474	1.047.613	1.030.399
Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen (ohne Kredit- marktmittel)	316.753,1	284.620,5	281.771	266.871	256.215
Globale Mehreinnahmen	141.000,0	100.000,0	0	0	0
Haushaltstechnische Verrechnun- gen	14.928,0	15.698,6	15.671	15.807	16.040
<b>Nettoeinnahmen</b>	<b>13.727.184,8</b>	<b>13.762.391,3</b>	<b>13.857.079</b>	<b>14.025.949</b>	<b>14.460.916</b>
Kreditmarktmittel	3.617.688,3	4.414.176,3	4.362.351	4.455.939	5.583.081
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	0,0	0	0	15.030	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>17.344.873,1</b>	<b>18.176.567,6</b>	<b>18.219.430</b>	<b>18.496.918</b>	<b>20.043.997</b>

Gesamtausgaben

	Haushalt 1999  TDM	Haushalt 2000 Entwurf TDM	Planung		
			2001  TDM	2002  TDM	2003  TDM
Personalausgaben	5.828.706,9	5.873.117,1	5.916.259	5.978.205	6.037.463
Sächliche Verwaltungsausgaben	702.060,3	735.675,2	780.360	782.023	780.946
Schuldendienst (ohne Schuldentilgung am Kreditmarkt)	1.775.898,5	1.776.847,5	1.830.643	1.904.313	1.943.135
Länderfinanzausgleich	0,0	0,0	0	0	0
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.691.287,7	4.890.848,2	5.090.296	5.231.463	5.366.389
Baumaßnahmen	312.441,0	315.446,2	286.859	260.302	241.905
Sonstige Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen	1.286.046,0	1.194.060,0	1.198.324	1.138.615	1.100.289
Globale Mehr- und Minderausgaben	-48.956,1	-59.050,1	-270.085	-197.500	-197.500
Haushaltstechnische Verrechnungen	14.928,0	15.698,2	15.674	15.809	16.043
<b>Nettoausgaben</b>	<b>14.562.412,3</b>	<b>14.742.642,3</b>	<b>14.848.330</b>	<b>15.113.230</b>	<b>15.288.670</b>
Schuldentilgung Kreditmarktmittel	2.667.699,4	3.430.176,3	3.367.351	3.379.939	4.753.081
Fehlbetrag aus Vorjahren	103.512,4	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	11.249,0	3.749,0	3.749	3.749	2.246
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>17.344.873,4</b>	<b>18.176.567,6</b>	<b>18.219.430</b>	<b>18.496.918</b>	<b>20.043.997</b>

Finanzierungsübersicht

	Haushalt 1999  TDM	Haushalt 2000 Entwurf TDM	Planung		
			2001  TDM	2002  TDM	2003  TDM
Nettoausgaben	14.562.412,3	14.742.642,3	14.848.330	15.113.230	15.288.670
Nettoeinnahmen	13.727.184,8	13.762.391,3	13.857.079	14.025.949	14.460.916
Erlöse Liegenschaftsmodell	-340.000,0	-250.000,0	-200.000	0	0
Finanzierungssaldo	-1.175.227,5	-1.230.251,0	-1.191.251	-1.087.281	-827.754
zuzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt	2.667.699,4	3.430.176,3	3.367.351	3.379.939	4.753.081
Fehlbetrag aus Vorjahren	103.512,4	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	11.249,0	3.749,0	3.749	3.749	2.246
Deckungslücke (ohne Kreditaufnahme)	3.957.688,3	4.664.176,3	4.562.351	4.470.969	5.583.081
Schuldenaufnahme am Kre- ditmarkt	3.617.688,3	4.414.176,3	4.362.351	4.455.939	5.583.081
Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
Erlöse Liegenschaftsmodell	340.000,0	250.000,0	200.000	0	0
Entnahme aus Rücklagen	0,0	0,0	0	15.030	0
<b>Verbleibende Deckungs- lücke bzw. Überschuß</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<u>nachrichtlich:</u>					
Nettokreditaufnahme	949.988,9	984.000,0	995.000	1.076.000	830.000

Steueraufkommen 1999 - 2003

STEUERART	1999	2000	2001	2002	2003
	Haushalt	Entwurf	Planung		
	- Mio DM -				
<b>Gemeinschaftsteuern</b>					
Lohnsteuer	4.005,0	4.048,0	4.277,0	4.193,0	4.397,0
Veranlagte Einkommensteuer	348,0	401,0	403,0	406,0	472,0
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	168,0	166,0	174,0	184,0	194,5
Körperschaftssteuer	769,0	630,5	596,5	703,0	744,5
Umsatzsteuer	2.759,0	2.884,0	2.943,0	3.240,0	3.322,0
Einfuhrumsatzsteuer	589,0	616,0	628,0	693,0	710,0
Gewerbsteuerumlage	273,0	282,0	283,0	305,0	312,0
Zinsabschlagsteuer	170,0	203,0	217,0	223,5	228,0
<b>Summe 1.</b>	<b>9.081,0</b>	<b>9.230,5</b>	<b>9.521,5</b>	<b>9.947,5</b>	<b>- 10.380,0</b>
<b>Landessteuern</b>					
Vermögensteuer	18,0	9,0	-	-	-
Erbschaftsteuer	142,0	148,0	157,0	162,0	167,0
Grunderwerbsteuer	443,0	486,0	501,0	512,0	522,0
Kraftfahrzeugsteuer	487,0	434,0	540,0	549,0	553,0
Totalisatorsteuer	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Lotteriesteuer	101,0	101,0	102,0	103,0	104,0
Feuerschutzsteuer	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Biersteuer	23,0	25,0	25,0	25,0	25,0
<b>Summe 2.</b>	<b>1.235,0</b>	<b>1.224,0</b>	<b>1.346,0</b>	<b>1.372,0</b>	<b>1.392,0</b>
<b>Summe 1. + 2.</b>	<b>10.316,0</b>	<b>10.454,5</b>	<b>10.867,5</b>	<b>11.319,5</b>	<b>11.772,0</b>
Länderfinanzausgleich	+ 30,0	106,0	105,0	113,0	123,0
Bundesergänzungszuweisungen	346,0	436,0	413,0	401,0	394,0
<b>Insgesamt</b>	<b>10.692,0</b>	<b>10.996,5</b>	<b>11.385,5</b>	<b>11.833,5</b>	<b>12.289,0</b>

**Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen**

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
0407 (TG 62 o. 883 62)	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	77,2	78,3	80,3	80,3	75,3
0602 (MG 03)	Berufliche Aufstiegsförderung	3,4	3,0	3,0	3,0	3,0
0607 - TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	69,8	68,9	70,8	72,8	74,7
0607 - TG 73	Unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Personenverkehr	17,7	17,3	17,7	18,1	18,5
0703 - MG 01	Ausbildungsförderung (ohne Darlehen)	39,0	41,7	41,7	41,7	41,7
0902, 0904-6 526 11-16	Auslagen in Rechtssachen	91,5	93,0	101,5	104,4	106,9
0903 - 681 03	Arbeitsentgelte u. dgl. für Gefangene	2,5	2,5	2,6	2,6	2,7
1003 - 643 04	Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	6,4	6,0	5,5	5,5	5,5
1004 - 671 03	Beiträge an die Unfallkasse Schleswig-Holstein	10,2	8,9	8,9	9,1	9,3
1005 - TG 65	Sozialhilfe (ohne Verrechnungen)	778,7	809,4	873,3	930,7	992,2
1111 - 654 02	Zuschuß an LA-Fonds nach § 6 LAG	4,6	3,9	3,6	3,3	3,3
1606 - 643 11	Erstattungen an Kreise und kreis- freie Städte im Rahmen des Un- terhaltsvorschußgesetzes	60,0	59,7	64,5	64,5	64,5
1606 - 643 12 (MG 24)	Erstattungen von Jugendhilfe- leistungen an Kreise und kreis- freie Städte gem. § 58 Abs. 1 JuFöG	80,8	83,3	84,1	85,0	85,8
1616 - 643 01	Wohngeld	305,0	305,0	313,0	318,0	318,0

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 1999 bis 2003  
- nach Haushaltsansätzen -

Gegenstand	1999	2000	2001	2002	2003
	Haushalt	Entwurf	Finanzplanung 1)		
<b>I. Vorwegabzüge (§ 7 Abs. 1 FAG)</b>					
1. Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen (Tit. 613 03)	2.000	2.000,0	2.000	2.000	2.000
(Tit. 613 04)	9.000	10.000,0	10.000	10.000	10.000
(Tit. 883 01)	19.000	18.000,0	18.000	18.000	18.000
2. Zuweisung an den Förderungsfonds für den Nachbarraum um Hamburg (Förderungsfonds Nord) (Tit. 883 16)					
2.1 Zuweisungen nach § 20 (1) FAG	2.500	2.500,0	2.500	2.500	2.500
2.2 Zuweisungen nach § 20 (3) FAG	3.500	3.500,0	3.500	3.500	3.500
3. Kommunaler Schulbaufonds (MG 01)	60.000	60.000,0	60.000	60.000	60.000
4. Theater und Orchester					
4.1 Betriebskostenzuweisungen (Tit. 653 04)	58.500	60.254,0	62.059	63.920	65.835
4.2 Bau- und Sanierungsmaßnahmen (Tit. 883 04)	5.000	5.000,0	5.000	5.000	5.000
5. Zuweisungen an die DZ (Tit. 533 01)	2.000	2.000,0	2.000	2.000	2.000
6. Zuweisungen zu den Straßenbaulasten					
6.1 Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen (Tit. 653 02)	3.150	3.150,0	3.150	3.150	3.150
6.2 Um- und Ausbau von Gemeindestraßen (Tit. 883 02)	3.850	3.850,0	3.850	3.850	3.850
6.3 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten (Tit. 653 03)	28.800	28.800,0	28.800	28.800	28.800
6.4 besondere Straßenbaumaßnahmen (Tit. 883 03)	10.200	10.200,0	10.200	10.200	10.200
7. Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (Tit. 653 06)	10.000	10.000,0	10.000	10.000	10.000
8. Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern (Tit. 653 07)	7.450	7.561,8	7.675	7.790	7.907
9. Zuweisungen zu den Sozialhilfekosten (Tit. 653 08)	21.925	22.600,0	22.600	23.000	23.000
10. Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens (Tit. 653 09)	11.520	11.865,0	12.220	12.586	12.963
<b>Summe I</b>	<b>258.395</b>	<b>261.280,8</b>	<b>263.554</b>	<b>266.296</b>	<b>268.705</b>

<sup>1)</sup> Berechnet auf der Grundlage des FAG in der Fassung vom 04.02.1999

Gegenstand	1999	2000	2001	2002	2003
	Haushalt	Entwurf	Finanzplanung 1)		
<b>II. Prozentual aufzuteilender Betrag (§§ 7 Abs. 2 und 8 - 15 FAG)</b>					
Davon entfallen auf					
a) Schlüsselzuweisungen (Tit. 613 06)	1.489.258,2	1.584.924,7	1.674.195	1.743.834	1.818.732
b) Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen (Tit. 883 15)	138.346,4	147.233,4	155.526	161.996	168.953
Summe II	1.627.604,6	1.732.158,1	1.829.721	1.905.829	1.987.685
Finanzausgleichsmasse	1.885.999,6	1.993.438,9	2.093.275	2.172.125	2.256.390
<b>Zuwachs in v.H.</b>					
FAG-Masse		+ 5,7	+ 5,0	+ 3,8	+ 3,9
Schlüsselzuweisungen		+ 6,4	+ 5,6	+ 4,2	+ 4,3
<b>III. Berechnung der FAG-Masse</b>					
Steuern, LFA und BEZ <sup>2)</sup>	10.398.000,0	10.693.500,0	11.081.500	11.507.500	11.956.000
FAG-Masse (19,0 v.H.)	1.975.620,0	2.031.765,0	2.105.485	2.186.425	2.271.640
- Finanzierungsbeitrag	- 38.460,0	- 38.460,0	11.540	11.540	11.540
- Familienleistungsausgleich	- 21.470,0	- 22.800,0	- 23.750,0	- 25.840,0	- 26.790,0
- Abrechnung 1996					
- restl. Abrechnung 1997 und FLA 1996	- 29.690,4				
- restl. Abrechnung 1998 und FLA 1997		22.933,9			
Finanzausgleichsmasse	1.885.999,6	1.993.438,9	2.093.275	2.172.125	2.256.390
<b>Nachrichtlich:</b>					
Familienleistungsausgleich (1102 - 613 02) (2000 einschl. Abrechnung 1997)	112.530,0	121.382	125.000	136.000	141.000

<sup>1)</sup> Berechnet auf der Grundlage des FAG in der Fassung vom 04.02.1999

<sup>2)</sup> Berechnet auf der Grundlage der regionalisierten Steuerschätzung vom 10. - 12.05.1999

**Sachinvestitionen und Investitionsfördermaßnahmen**

Bezeichnung	Haushalt	Entwurf	Planung		Planung
	1999 Mio DM	2000 Mio DM	2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6
<b><u>Sachinvestitionen</u></b>					
Baumaßnahmen (Hauptgruppe7)	312,4	315,4	286,9	260,3	241,9
Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen (Obergruppen 81 und 82)	145,8	132,8	119,3	118,3	114,4
<b><u>Investitionsfördermaßnahmen</u></b>					
Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83)	37,6	0,5	0,5	0,0	0,0
Darlehen und Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) und Zweckverbände (Obergruppen 85 und 88)	629,9	622,4	633,6	632,9	624,1
Darlehen und Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche (Obergruppen 86 und 89)	461,3	422,8	428,2	370,6	345,0
Inanspruchnahme von Gewährleistungen (Obergruppe 87)	11,5	15,6	16,7	16,8	16,8
<b>Summe</b>	<b>1.598,5</b>	<b>1.509,5</b>	<b>1.485,2</b>	<b>1.398,9</b>	<b>1.342,2</b>

Ausgaben  
für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	- Planung		
				2001- Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
<u>Einzelplan 04</u>						
<b>- Innenministerium -</b>						
<u>Kap. 0402</u>	Sportförderung	11,6	10,8	10,8	10,8	10,8
<u>Kap. 0407</u> 643 62	Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	63,8	63,6	65,6	65,6	60,6
<u>Kap. 0410</u> 811 01 ff.	Investiver Polizeihauhalt	20,9	23,8	23,5	24,7	25,1
<u>Einzelplan 05</u>						
<b>- Ministerium für Finanzen und Energie -</b>						
<u>Kap. 0505</u> MG 05	IT-Steuerverwaltung	10,3	11,2	14,9	13,8	14,7
<u>Kap. 0509</u> MG 01	Atomrechtliche Verfahren	28,1	35,1	35,1	35,1	35,1
<u>Kap. 0510</u> TG 61 TG 62 TG 63 TG-64 TG 65	Energiewirtschaft	3,3	4,3	4,3	3,3	3,3
<u>Einzelplan 06</u>						
<b>- Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr -</b>						
<u>Kap. 0602</u> 671 01	Erstattung des Schuldendienstes aus der Finanzierung des beschäftigungsorientierten Investitionshilfeprogramms an die Investitionsbank	2,4	2,2	2,1	0,9	-
871 01	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungszusagen im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramms	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6
883 28	Ziel-2-Programm	-	-	-	5,6	-
883 29	Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN)	2,1	-	1,8	-	-

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
883 33	Kommunaler Straßenbau (Bundesmittel)	58,7	57,9	57,9	57,9	57,9
892 01	Mittelstandstrukturprogramm	0,1	-	-	-	-
892 05	Wettbewerbshilfen für schlesw.- holst. Werften	22,0	22,0	31,9	32,0	17,0
MG 02	Aus- und Weiterbildung	8,6	13,2	12,5	8,7	8,5
MG 03	Berufliche Aufstiegsfortbildung	3,4	3,0	3,0	3,0	3,0
MG 04	Beratungs- und Informations- wesen des mittelständischen Gewerbes	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
MG 06	Werbemaßnahmen im Interesse der gewerbl. Wirtschaft	5,5	5,5	7,5	7,5	6,5
MG 07	Förderung von Forschung, Ent- wicklung und Innovation zur Stär- kung der Wirtschaft	8,7	9,1	8,5	8,6	8,9
MG 08	Programm „Innovation schafft Arbeit“	7,5	7,5	9,5	2,0	-
MG 09	Förderung von Betrieben im Be- reich moderner Technologie	4,1	3,5	3,6	4,6	4,6
MG 11	Wagniskapitalbeteiligungen	3,0	5,5	5,5	3,0	3,0
MG 16	Ziel-5b-Programm	18,9	14,9	2,9	-	-
TG 71	Zuschüsse der Europäischen Union im Rahmen der Gemein- schaftsinitiative Leader II	-	-	1,4	-	-
<u>Kap. 0603</u>						
	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	45,0	45,7	58,5	54,8	54,8
<u>Kap. 0604</u>						
533 01	Werkverträge im Rahmen der Entwurfsbearbeitung	17,2	21,9	21,9	22,0	22,2
753 01	Deckenerneuerung auf Landesstraßen	16,0	16,0	18,0	19,0	20,0
MG 01	Straßeninformationssystem	0,5	0,6	0,7	0,3	0,3
TG 63	Um- und Ausbau von Landesstraßen	40,0	47,5	54,5	51,0	49,5
<u>Kap. 0605</u>						
711 01 ff.	Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie Erwerb von Fahrzeu- gen und Geräten pp.	5,9	6,0	7,3	6,3	3,2
<u>Kap. 0607</u>						
MG 02	Maßnahmen aus Regionalisie- rungsmitteln	329,6	329,0	329,0	329,0	329,0

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
TG 65	Öffentlicher Personennahverkehr (Bundesmittel)	26,6	27,4	27,4	27,4	27,4
TG 68	Kostenbeiträge nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	6,0	6,0	5,0	4,0	4,0
TG 69	Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs aus Landesmitteln	2,7	2,3	2,7	2,6	2,6
TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbil- dungsverkehr	69,8	68,9	70,8	72,8	74,8
TG 73	Fahrgelderstattung für die unent- geltliche Beförderung Schwerbe- hinderter im öffentlichen Perso- nennahverkehr	17,7	17,3	17,7	18,1	18,5
<b>Einzelplan 07</b>						
<b>- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur -</b>						
<u>Kap. 0702</u>						
684 01	Personalkostenzuschüsse an Kirchen	20,8	21,6	22,0	22,4	22,9
<u>Kap. 0703</u>						
MG 01	Ausbildungsförderung	60,0	64,0	64,0	64,0	64,0
<u>Kap. 0710</u>						
652 01	Ausgleichsleistungen an Ham- burg/Privatschulen	8,5	9,0	10,5	12,0	5,0
MG 07	Zuschüsse an Privatschulen	60,7	62,1	61,3	61,3	61,3
MG 09	Schulen der dänischen Minderheit	47,4	47,0	47,0	47,0	47,0
<u>Kap. 0721</u>						
MG 01	Zuschuß für die Universitätsklinik Kiel	157,4	154,4	154,4	154,4	154,4
<u>Kap. 0722</u>						
MG 01	Zuschuß für die Universitätsklinik Lübeck	134,3	126,8	133,0	133,0	133,0
<u>Kap. 0729</u>						
	Fachhochschule Westküste	8,4	8,5	8,5	8,5	8,5
<u>Kap. 0740</u>						
684 26	S-H Musik Festival	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
MG 01	Kunst- und Kulturpflege	4,7	4,8	4,8	4,8	4,8

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
<u>Einzelplan 08</u>						
- Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus -						
<u>Kapitel 0801</u>						
MG 03	Aufwendungen f.d. landwirtschaftlichen Berufsfach- und Fachschulen	6,0	5,7	5,6	5,6	5,6
<u>Kap. 0802</u>						
685 22	Landwirtschaftliche u. gärtnerische Beratungsringe	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
MG 03 MG 05	Zuwendungen der EU für die Fischerei und Aquakultur	5,4	8,0	8,0	-	-
MG 04	Leistungen an die Landwirtschaftskammer	29,9	28,7	28,9	29,1	29,3
TG 61	Tourismus	4,2	4,2	4,2	4,1	4,1
TG 73 TG 74	Fischerei	2,4	2,4	2,4	2,4	1,9
<u>Kap. 0803</u>						
	- Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan	157,6	159,8	159,8	159,8	159,8
MG 01	Vorplanung	1,1	1,2	1,2	1,3	1,3
MG 02	Flurbereinigung	4,9	4,9	4,8	5,2	5,2
MG 03	Einzelbetriebliche Maßnahmen u. ländliche Siedlung	45,5	43,2	42,5	46,1	46,1
MG 04	Verbesserung der Marktstruktur	2,7	2,8	2,8	3,0	3,0
MG 05	Wasserwirtschaftliche/kulturbau- technische Maßnahmen	13,7	7,5	7,5	7,6	7,6
MG 06	Forstliche Maßnahmen	8,1	8,3	8,2	8,9	8,9
MG 07	Sonstige Maßnahmen	4,5	3,9	3,8	4,1	4,1
MG 08	Küstenschutz	61,9	69,7	69,7	69,7	69,7
MG 10	Dorferneuerung	11,2	11,5	11,4	12,3	12,3
MG 11	Maßnahmen aus dem EAGFL i.R. zusätzlicher Förderung struktur- schwacher ländlicher Gebiete	9,1	1,9	-	-	-
MG 12	Investitionsprogramm Arbeit, Bildung, Innovation	4,0	5,3	6,5	-	-
1302 681 44	NATURA 2000	-	1,5	1,5	1,5	1,5

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
<u>Kap. 0812</u>						
MG 02	Betriebs- und Unterhaltungskosten für Sperrwerke	4,5	3,5	3,6	3,7	3,8
<u>Einzelplan 09</u> - Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten -						
<u>Kap. 0902</u>						
MG 05	Informationstechnik (u.a. MEGA, MESTA, GRUNDBUCH)	13,1	12,7	12,7	9,2	14,4
<u>Einzelplan 10</u> - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales -						
<u>Kap. 1001</u>						
MG 02	EU-Zuschüsse aus dem ESF	20,5	38,1	42,3	33,3	30,0
<u>Kap. 1002</u>						
TG 61	Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauchs	7,0	7,4	7,1	7,0	7,0
TG 62	Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßn.	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
TG 66	Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
<u>Kap. 1003</u>						
643 04	Landesanteil an den Ausgaben der Kriegsopferfürsorge	6,4	6,0	5,5	5,5	5,5
681 01	Impfschäden	6,6	6,8	6,5	6,5	6,5
TG 67	Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz	29,4	29,5	29,6	29,6	29,6
<u>Kap. 1004</u>						
671 03	Unfallversicherung	10,2	8,9	8,9	9,1	9,3
MG 01	Jugendaufbauwerk	3,4	4,0	4,9	2,8	2,8
MG 06	Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (ESF)	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
MG 07	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen „ASH II“ und „ASH III“	18,0	19,5	19,5	19,5	19,5
MG 08	Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	25,5	24,8	24,1	23,3	22,5
<u>Kap. 1005</u>						
643 02	Landesblindengeld	48,1	46,8	47,5	48,2	48,8
893 08	An Verbände der freien Wohlfahrtspflege aus dem Ertrag „Spiel 77“ und Losbrieflotterie	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
MG 01	Förderung von investiven Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur	51,0	38,6	40,0	40,0	40,0
MG 03	Seniorenpolitische Maßnahmen	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
MG 07	Kindertagesstätten	99,9	104,7	107,1	109,3	111,7
TG 62	Besondere soziale Maßnahmen	9,3	9,1	9,2	9,2	9,2
TG 63	Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen u. Wohnheime für Behinderte	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
TG 65	Sozialhilfe	785,8	816,7	880,7	938,2	999,8
<u>Kap. 1011</u>						
682 05	Zuschüsse zum lfd. Betrieb der Fachkliniken des Landes	2,1	1,9	1,8	1,7	1,7
891 06	Investitionszuschüsse an die Fachkliniken	1,5	1,5	1,5	1,5	1,7
MG 03	Maßregelvollzug	26,4	29,3	30,5	31,3	32,1
<u>Kap. 1013</u>						
883 02	Erfüllung gesetzlicher Ansprüche nach dem KHG	78,6	81,0	81,0	83,5	83,5
MG 02	Baumaßnahmen nach dem KHG	78,7	79,2	78,7	69,7	69,7
<u>Kap. 1016</u>						
653 04/ 684 04	Ausbildung in der Altenpflege	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
<u>Einzelplan 11</u>						
<b>- Allgemeine Finanzverwaltung -</b>						
<u>Kap. 1102</u>						
	Kommunaler Finanzausgleich	1.886,0	1.993,4	2.093,3	2.172,1	2.256,4
	Zuweisung Familienleistungsausgleich	112,5	121,4	125,0	136,0	141,0
<u>Kap. 1104</u>						
MG 01	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	8,0	11,0	12,0	12,0	12,0
<u>Kap. 1111</u>						
654 02	Zuschuß an den Lastenausgleichsfonds	4,6	3,9	3,6	3,3	3,3
TG 63	Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume Epl. 03	-	-	-	-	-

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
	Epl. 06	7,1	0,9			
	Epl. 07	0,2				
	Epl. 08	0,3	0,1			
	Epl. 11	19,6	5,1	9,5		
	Epl. 12	2,5	0,5			
	Epl. 13	0,2				
	Epl. 16	0,1				
TG 64	Regionalprogramm 2000		15,0	25,0	25,0	20,0
<b>Einzelplan 13</b>						
<b>- Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten -</b>						
<b>Kap. 1301</b>						
TG 65	Bekämpfung von Meeresverschmutzung	10,0	10,1	7,2	7,5	7,6
<b>Kap. 1302</b>						
657 01	Zuweisungen gem. Landeswassergesetz an Landesverband der Wasser- und Bodenverbände	12,0	10,0	10,0	10,0	10,0
MG 01	Biologischer Flächenschutz und Artenschutz	14,0	13,3	13,6	13,6	13,5
MG 02	Förderung der ökologischen Technik und Wirtschaft	2,3	3,0	2,7	2,0	2,0
MG 04	Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen auf dem Gebiet des Umwelt-, Natur- und Tier-schutzes	3,2	3,1	3,4	3,5	3,5
MG 06	Waldbauliche Förderungsmaßnahmen	2,8	2,4	3,4	3,4	3,2
MG 07	Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung, Wasserversorgung	14,3	15,3	13,8	13,4	13,0
MG 09	Abfallvermeidung, Abfallwirtschaft und Altlastensanierung	7,1	9,0	9,0	7,0	7,0
MG 10	Vertragsnaturschutz und Halligprogramm	7,5	7,6	9,3	10,8	12,3
TG 61	Verbesserung der Gewässergüte	17,5	19,0	18,6	17,9	17,3
TG 67	Naturnahe Umgestaltung und Pflege der Fließgewässer	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
<b>Kap. 1309</b>						
752 01 und 821 01	Erhaltung und Ergänzung des Waldbesitzes	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9
<b>Kap. 1310</b>						
TG 68	Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes und der Grundwasserbewirtschaftung	4,7	4,4	4,6	4,6	4,6

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 1999 Mio DM	Entwurf 2000 Mio DM	Planung		
				2001 Mio DM	2002 Mio DM	2003 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
<u>Einzelplan 16</u>						
<b>- Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau -</b>						
<u>Kap. 1603</u>	Förderung von Mädchen und Frauen					
MG 01	Modellmaßnahmen	0,9	0,9	1,1	1,1	1,1
MG 02	Frauenerwerbsbeteiligung	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0
MG 03	Beratung, Information und Bildung von Frauen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
MG 04	Förderung der Gleichstellungsarbeit	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
<u>Kap. 1606</u>	Kinder, Jugend und Familie					
643 11	Unterhaltsvorschuß (Erstattungen)	60,0	59,7	64,5	64,5	64,5
684 02	Aktion „Schleswig-Holstein- Land für Kinder“	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
684 14	Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6
MG 01	Emanzipation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
MG 20	Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	5,5	5,5	5,5	5,6	5,6
MG 21	Internationale Jugendarbeit	0,7	0,6	0,7	0,7	0,7
MG 22	Kinder- und Jugendschutz	1,1	1,2	0,8	0,8	0,8
MG 24	Hilfe zur Erziehung	85,3	88,3	89,1	90,0	90,8
MG 25	Fortbildung in der Jugendhilfe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 26	Bau von Stätten der Jugendarbeit	3,7	2,5	2,5	2,1	1,0
MG 30	Familienfördernde Maßnahmen	6,3	6,3	6,6	6,7	6,8
MG 32	Ferienwerk -Schleswig-Holstein	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
<u>Kap. 1616</u>						
643 01	Wohngeld	305,0	305,0	313,0	318,0	318,0
MG 01	Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der vereinbarten Förderung	71,6	69,6	63,6	54,0	47,5
MG 02	Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg	11,9	10,0	8,0	6,4	5,3
MG 04	Städtebauförderung	16,8	18,0	19,1	19,4	17,6



GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0001 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
1	EINNAHMEN DER LAUFENDEN RECHNUNG (ZIFF. 11-17)	1999	12 816 950.0	
		2000	13 033 163.1	
		2001	13 335 262	
		2002	13 718 928	
		2003	14 165 171	
11	STEUERN	1999	10 316 000.0	
		2000	10 454 500.0	
		2001	10 867 500	
		2002	11 319 500	
		2003	11 772 000	
1101	LOHNSTEUER	1999	4 005 000.0	011
		2000	4 048 000.0	
		2001	4 277 000	
		2002	4 193 000	
		2003	4 397 000	
1102	VERANLAGTE EINKOMMENSTEUER	1999	348 000.0	012
		2000	401 000.0	
		2001	403 000	
		2002	406 000	
		2003	472 000	
1103	NICHT VERANLAGTE STEUERN VOM ERTRAG, KORPERSCHAFTSTEUER, ZINSABSCHLAGSTEUER	1999	1 107 000.0	013,014,018
		2000	999 500.0	
		2001	987 500	
		2002	1 110 500	
		2003	1 167 000	
1104	UMSATZSTEUER	1999	3 348 000.0	015,016
		2000	3 500 000.0	
		2001	3 571 000	
		2002	3 933 000	
		2003	4 032 000	
1105	GENERBESTEUERUMLAGE	1999	273 000.0	017
		2000	282 000.0	
		2001	283 000	
		2002	305 000	
		2003	312 000	
1106	ZOELLE	1999	--	026
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1107	TABAKSTEUER	1999	--	027
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1108	MINERALOELSTEUER	1999	--	041
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1109	SONSTIGE BUNDESSTEUERN	1999	--	021-025,028-039,
		2000	--	042,046
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	

FINANZPLAN 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0002 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
1110	LASTENAUSGLEICHSABGABEN	1999	--	047-049
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1111	VERMOEGENSTEUER	1999	18 000.0	051
		2000	9 000.0	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1112	KRAFTFAHRZEUGSTEUER	1999	487 000.0	054
		2000	434 000.0	
		2001	540 000	
		2002	549 000	
		2003	553 000	
1113	BIERSTEUER	1999	23 000.0	061
		2000	25 000.0	
		2001	25 000	
		2002	25 000	
		2003	25 000	
1114	SONSTIGE LANDESSTEUERN	1999	707 000.0	052,053,055-059,
		2000	756 000.0	
		2001	781 000	
		2002	798 000	
		2003	814 000	
1115	GEMEINDEANTEIL AN DER LOHNSTEUER UND DER VERANLAGTEN EINKOMMENSTEUER	1999	--	071
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1116	GRUNDSTEUER	1999	--	072-074
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1117	GWERBESTEUER	1999	--	075-077
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1118	SONSTIGE GEMEINDESTEUERN	1999	--	081-089
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1200	STEUERAEHNLICHE ABGABEN (OHNE MUENZEINNAHMEN)	1999	105 665.0	09 (OHNE 092)
		2000	117 425.0	
		2001	119 925	
		2002	122 925	
		2003	123 425	
1300	EINNAHMEN AUS WIRTSCHAFTLICHER TAETIGKEIT	1999	378 043.0	12
		2000	321 158.8	
		2001	278 266	
		2002	217 426	
		2003	218 864	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0003 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
14	ZINSEINNAHMEN	1999	10 171.3	
		2000	8 332.7	
		2001	9 994	
		2002	11 166	
		2003	11 640	
141	VON VERWALTUNGEN	1999	29.0	
		2000	20.3	
		2001	1	
		2002	1	
		2003	1	
1411	VON LAENDERN	1999	--	152
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1412	VON GEMEINDEN (GV.)	1999	26.0	153
		2000	19.8	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1413	VON ZWECKVERBAENDEN	1999	3.0	157
		2000	0.5	
		2001	1	
		2002	1	
		2003	1	
1414	VON SONSTIGEN VERWALTUNGEN	1999	--	151,154,155
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1420	VON ANDEREN BEREICHEN	1999	10 142.3	156,16
		2000	8 312.4	
		2001	9 993	
		2002	11 165	
		2003	11 639	
15	LAUFENDE ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE (OHNE SCHULDENDIENSTHILFEN)	1999	1 714 970.6	
		2000	1 854 657.9	
		2001	1 789 881	
		2002	1 783 592	
		2003	1 777 208	
151	VON VERWALTUNGEN	1999	1 333 405.1	
		2000	1 510 965.3	
		2001	1 447 683	
		2002	1 444 862	
		2003	1 437 033	
1511	VOM BUND	1999	1 190 544.4	211,231,241,251
		2000	1 269 146.4	
		2001	1 216 743	
		2002	1 207 118	
		2003	1 188 578	
1512	LAENDERFINANZAUSGLEICH	1999	30 000.0	212
		2000	106 000.0	
		2001	105 000	
		2002	113 000	
		2003	123 000	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0004 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
1513	SONSTIGE VON LAENDERN	1999	22 696.9	232,242,252
		2000	24 298.0	
		2001	17 439	
		2002	15 514	
		2003	15 446	
1514	VON GEMEINDEN (GV.)	1999	89 874.8	213,233,243,253
		2000	111 379.9	
		2001	108 360	
		2002	109 089	
		2003	109 868	
1515	VON ZWECKVERBAENDEN	1999	289.0	217,237,247,257
		2000	141.0	
		2001	141	
		2002	141	
		2003	141	
1516	VON SONSTIGEN VERWALTUNGEN	1999	--	214,215,234,235,
		2000	--	244,245,254,255
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
152	VON ANDEREN BEREICHEN	1999	381 565.5	
		2000	343 692.6	
		2001	342 198	
		2002	338 730	
		2003	340 175	
1521	VON SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGERN	1999	5 748.8	216,236,246,256
		2000	3 098.6	
		2001	2 907	
		2002	2 911	
		2003	2 914	
1522	VON SONSTIGEN	1999	375 816.7	112,28
		2000	340 594.0	
		2001	339 291	
		2002	335 819	
		2003	337 261	
16	SCHULDENDIENSTHILFEN	1999	42 614.0	
		2000	36 723.5	
		2001	32 894	
		2002	28 794	
		2003	26 455	
161	VON VERWALTUNGEN	1999	42 614.0	
		2000	36 723.5	
		2001	32 894	
		2002	28 794	
		2003	26 455	
1611	VOM BUND	1999	42 614.0	221
		2000	36 723.5	
		2001	32 894	
		2002	28 794	
		2003	26 455	
1612	VON LAENDERN	1999	--	222
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0005 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
1613	VON SONSTIGEN VERWALTUNGEN	1999	--	223 BIS 225,227
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1620	VON ANDEREN BEREICHEN	1999	--	226,26
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
17	SONSTIGE EINNAHMEN DER LAUFENDEN RECHNUNG	1999	249 486.1	
		2000	240 365.2	
		2001	236 802	
		2002	235 525	
		2003	235 579	
1710	GEBUEHREN, SONSTIGE ENTGELTE	1999	202 768.4	111
		2000	197 777.2	
		2001	194 440	
		2002	193 123	
		2003	193 153	
1720	SONSTIGE EINNAHMEN	1999	46 717.7	113,119,27
		2000	42 588.0	
		2001	42 362	
		2002	42 402	
		2003	42 426	
2	EINNAHMEN DER KAPITALRECHNUNG (ZIFF. 21-25)	1999	754 306.8	
		2000	613 529.6	
		2001	506 146	
		2002	291 214	
		2003	279 705	
2100	VERAEUSSERUNG VON SACHVERMOEGEN	1999	401 731.9	131,132
		2000	271 830.1	
		2001	202 150	
		2002	2 136	
		2003	2 148	
22	VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	1999	298 613.1	
		2000	268 297.5	
		2001	267 448	
		2002	254 145	
		2003	244 593	
221	ZUWEISUNGEN FUER INVESTITIONEN	1999	274 883.1	
		2000	245 492.5	
		2001	251 008	
		2002	246 295	
		2003	242 343	
2211	VOM BUND	1999	204 162.9	331
		2000	170 338.5	
		2001	175 854	
		2002	169 888	
		2003	165 936	
2212	VON LAENDERN	1999	400.0	332
		2000	400.0	
		2001	400	
		2002	400	
		2003	400	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0006 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
2213	VON GEMEINDEN (GV.)	1999	70 320.2	333
		2000	74 754.0	
		2001	74 754	
		2002	76 007	
		2003	76 007	
2214	VON SONSTIGEN VERWALTUNGEN	1999	--	334,335,337
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
222	ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN	1999	23 730.0	
		2000	22 805.0	
		2001	16 440	
		2002	7 850	
		2003	2 250	
2221	VON SOZIALVERSICHERUNGSTRAGERN	1999	2 000.0	336
		2000	2 775.0	
		2001	2 250	
		2002	2 250	
		2003	2 250	
2222	VON SONSTIGEN	1999	21 730.0	34
		2000	20 030.0	
		2001	14 190	
		2002	5 600	
		2003	--	
223	SONSTIGE VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	1999	--	
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2231	VOM BUND	1999	--	291
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2232	VON LAENDERN	1999	--	292
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2233	VON GEMEINDEN (GV.)	1999	--	293
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2234	VON ANDEREN BEREICHEN	1999	--	297 BIS 299
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
23	DARLEHENS RUECKFLUESSE	1999	19 821.8	
		2000	22 079.0	
		2001	22 225	
		2002	22 207	
		2003	21 342	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0007 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
231	VON VERWALTUNGEN	1999	1 400.4	
		2000	1 472.7	
		2001	1 568	
		2002	1 947	
		2003	1 287	
2311	VON LAENDERN	1999	--	172
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2312	VON GEMEINDEN (GV.)	1999	471.1	173
		2000	472.7	
		2001	568	
		2002	947	
		2003	287	
2313	VON ZWECKVERBAENDEN	1999	929.3	177
		2000	1 000.0	
		2001	1 000	
		2002	1 000	
		2003	1 000	
2314	VON SONSTIGEN VERWALTUNGEN	1999	--	171,174,175
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
232	VON ANDEREN BEREICHEN	1999	18 421.4	
		2000	20 606.3	
		2001	20 657	
		2002	20 260	
		2003	20 055	
2321	VON SONSTIGEN IM INLAND	1999	18 391.4	14,176,181,182
		2000	20 576.3	
		2001	20 627	
		2002	20 230	
		2003	20 025	
2322	VOM AUSLAND	1999	30.0	186
		2000	30.0	
		2001	30	
		2002	30	
		2003	30	
2400	VERAEUSSERUNG VON BETEILIGUNGEN U. DGL.	1999	16 000.0	133,134
		2000	35 000.0	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
25	SCHULDENAUFNAHME BEI VERWALTUNGEN	1999	18 140.0	
		2000	16 323.0	
		2001	14 323	
		2002	12 726	
		2003	11 622	
2510	VOM BUND	1999	18 140.0	311
		2000	16 323.0	
		2001	14 323	
		2002	12 726	
		2003	11 622	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0008 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
2520	VON LAENDERN	1999	--	312
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2530	VON GEMEINDEN (GV.)	1999	--	313
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2540	VON SONSTIGEN VERWALTUNGEN	1999	--	314,315,317
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
3000	Globale Mehreinnahmen - soweit nicht aufgeteilt -	1999	141 000.0	37
		2000	100 000.0	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
4	Gesamteinnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgaenge - Ziff. 1 bis 3 -)	1999	13 712 256.8	
		2000	13 746 692.7	
		2001	13 841 408	
		2002	14 010 142	
		2003	14 444 876	
5	Besondere Finanzierungsvorgaenge	1999	3 617 688.3	
		2000	4 414 176.3	
		2001	4 362 351	
		2002	4 470 969	
		2003	5 583 081	
5100	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	1999	3 617 688.3	32
		2000	4 414 176.3	
		2001	4 362 351	
		2002	4 455 939	
		2003	5 583 081	
5200	Entnahme aus Ruecklagen	1999	--	35
		2000	--	
		2001	--	
		2002	15 030	
		2003	--	
5300	Ueberschuesse aus Vorjahren	1999	--	36
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
5400	Muenzeinnahmen	1999	--	092
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
6	ZU- UND ABSETZUNGEN	1999	14 928.0	
		2000	15 698.6	
		2001	15 671	
		2002	15 807	
		2003	16 040	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0009 -

GLD.- NR.	EINNAHMEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
6400	NETTOSTELLUNGEN (VERRECHNUNGEN U.AE.)	1999	14 928.0	38
		2000	15 698.6	
		2001	15 671	
		2002	15 807	
		2003	16 040	
7	ABSCHLUSS-SUMME DER HAUSHALTE (ZIFF. 4+5+6)	1999	17 344 873.1	
		2000	18 176 567.6	
		2001	18 219 430	
		2002	18 496 918	
		2003	20 043 997	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0010 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
1	AUSGABEN DER LAUFENDEN RECHNUNG (ZIFF. 11-15)	1999	12 995 835.0	
		2000	13 274 900.5	
		2001	13 616 191	
		2002	13 894 696	
		2003	14 126 666	
1100	PERSONALAUSGABEN	1999	5 828 706.9	4
		2000	5 873 117.1	
		2001	5 916 259	
		2002	5 978 205	
		2003	6 037 463	
12	LAUFENDER SACHAUFWAND	1999	967 957.7	
		2000	1 011 505.1	
		2001	1 064 858	
		2002	1 049 142	
		2003	1 042 037	
1210	SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	1999	702 060.3	51-54
		2000	735 675.2	
		2001	780 360	
		2002	782 023	
		2003	780 946	
1220	MILITAERISCHE BESCHAFFUNGEN, ANLAGEN USW.	1999	--	55
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1230	ERSTATTUNGEN AN ANDERE BEREICHE	1999	43 746.4	67
		2000	40 242.1	
		2001	39 943	
		2002	38 740	
		2003	38 161	
1240	SONSTIGE ZUSCHUESSE FUER LAUFENDE ZWECKE	1999	222 151.0	685
		2000	235 587.8	
		2001	244 555	
		2002	228 379	
		2003	222 930	
13	ZINSAUSGABEN	1999	1 775 070.1	
		2000	1 776 060.0	
		2001	1 830 096	
		2002	1 903 855	
		2003	1 942 738	
131	AN VERWALTUNGEN	1999	63.8	
		2000	58.9	
		2001	48	
		2002	44	
		2003	41	
1311	AN BUND	1999	63.8	561
		2000	58.9	
		2001	48	
		2002	44	
		2003	41	
1312	AN LAF UND ERP	1999	--	564,565
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0011 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
1313	AN SONSTIGE VERWALTUNGEN	1999	--	562,563,567
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
132	AN ANDERE BEREICHE	1999	1 775 006.3	
		2000	1 776 001.1	
		2001	1 830 048	
		2002	1 903 811	
		2003	1 942 697	
1321	FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN	1999	--	573
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1322	FUER KREDITMARKTMITTEL	1999	1 772 415.6	571,575,576
		2000	1 773 698.6	
		2001	1 827 746	
		2002	1 902 309	
		2003	1 941 971	
1323	AN SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER	1999	2 590.7	572
		2000	2 302.5	
		2001	2 302	
		2002	1 502	
		2003	726	
14	LAUFENDE ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE (OHNE SCHULDENDIENSTHILFEN)	1999	4 378 372.0	
		2000	4 559 944.9	
		2001	4 740 639	
		2002	4 902 687	
		2003	5 046 830	
141	AN VERWALTUNGEN	1999	3 359 820.2	
		2000	3 512 616.5	
		2001	3 691 113	
		2002	3 841 807	
		2003	3 976 767	
1411	AN BUND	1999	51 802.0	611,631,641,651
		2000	50 693.0	
		2001	50 356	
		2002	49 842	
		2003	49 360	
1412	LAENDERFINANZAUSGLEICH	1999	--	612
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1413	SONSTIGE AN LAENDER	1999	30 338.9	632,642,652
		2000	32 432.8	
		2001	33 895	
		2002	35 398	
		2003	28 425	
1414	ALLGEMEINE FINANZZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN	1999	1 614 738.2	613
		2000	1 719 256.7	
		2001	1 813 145	
		2002	1 893 784	
		2003	1 973 682	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0012 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
1415	SONSTIGE AN GEMEINDEN (GV.)	1999	1 645 419.1	633,643,653
		2000	1 695 907.0	
		2001	1 779 700	
		2002	1 849 066	
		2003	1 911 583	
1416	AN LASTENAUSGLEICHSFONDS	1999	4 600.0	614,634,644,654
		2000	3 900.0	
		2001	3 600	
		2002	3 300	
		2003	3 300	
1417	AN ZWECKVERBAENDE	1999	12 922.0	617,637,647,657
		2000	10 427.0	
		2001	10 417	
		2002	10 417	
		2003	10 417	
1418	AN ERP-SONDERVERMOEGEN	1999	--	615,635,645,655
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
142	AN ANDERE BEREICHE	1999	1 018 551.8	
		2000	1 047 328.4	
		2001	1 049 526	
		2002	1 060 880	
		2003	1 070 063	
1421	AN UNTERNEHMEN FUER BETRIEBSFREMDE LASTEN	1999	1 916.0	687
		2000	2 016.0	
		2001	2 118	
		2002	2 223	
		2003	2 332	
1422	SONSTIGE AN UNTERNEHMEN	1999	660 549.5	682,683
		2000	690 155.1	
		2001	692 952	
		2002	701 574	
		2003	708 697	
1423	RENTEN, UNTERSTUETZUNGEN UND AEHNLICHES	1999	98 761.6	681
		2000	100 334.6	
		2001	100 727	
		2002	101 832	
		2003	102 931	
1424	AN SOZIALE UND AEHNLICHE EINRICHTUNGEN	1999	248 298.8	684
		2000	245 407.9	
		2001	244 329	
		2002	245 895	
		2003	246 755	
1425	AN SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER	1999	4 746.0	616,636,646,656
		2000	5 260.0	
		2001	5 245	
		2002	5 201	
		2003	5 193	
1426	AN AUSLAND	1999	4 279.9	686
		2000	4 154.8	
		2001	4 155	
		2002	4 155	
		2003	4 155	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0013 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
15	SCHULDENDIENSTHILFEN	1999	45 728.3	
		2000	54 273.4	
		2001	64 339	
		2002	60 807	
		2003	57 598	
151	AN VERWALTUNGEN	1999	14 469.6	
		2000	14 322.4	
		2001	18 785	
		2002	19 762	
		2003	20 840	
1511	AN LAENDER	1999	--	622
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1512	AN GEMEINDEN (GV.)	1999	14 442.6	623
		2000	14 315.4	
		2001	18 785	
		2002	19 762	
		2003	20 840	
1513	AN SONSTIGE VERWALTUNGEN	1999	--	621,624,625
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1514	AN ZWECKVERBAENDE	1999	27.0	627
		2000	7.0	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
152	AN ANDERE BEREICHE	1999	31 258.7	
		2000	39 951.0	
		2001	45 554	
		2002	41 045	
		2003	36 758	
1521	AN UNTERNEHMEN	1999	29 117.5	661,662
		2000	38 151.0	
		2001	43 840	
		2002	39 417	
		2003	35 216	
1522	AN SONSTIGE IM INLAND	1999	2 141.2	663
		2000	1 800.0	
		2001	1 714	
		2002	1 628	
		2003	1 542	
1523	AN SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER	1999	--	626
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
1524	AN AUSLAND	1999	--	666
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0014 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
2	AUSGABEN DER KAPITALRECHNUNG (ZIFF. 21-25)	1999	1 600 605.4	
		2000	1 511 093.7	
		2001	1 486 550	
		2002	1 400 225	
		2003	1 343 461	
21	SACHINVESTITIONEN	1999	458 275.1	
		2000	448 215.4	
		2001	406 180	
		2002	378 632	
		2003	356 343	
2110	BAUMASSNAHMEN	1999	312 441.0	7
		2000	315 446.2	
		2001	286 859	
		2002	260 302	
		2003	241 905	
2120	ERWERB VON UNBEWEGLICHEN SACHEN	1999	19 988.5	82
		2000	5 730.0	
		2001	6 230	
		2002	5 730	
		2003	5 730	
2130	ERWERB VON BEWEGLICHEN SACHEN	1999	125 845.6	81
		2000	127 039.2	
		2001	113 091	
		2002	112 600	
		2003	108 708	
22	VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	1999	1 047 599.9	
		2000	1 000 675.8	
		2001	1 019 297	
		2002	962 651	
		2003	929 339	
221	ZUWEISUNGEN FUER INVESTITIONEN	1999	629 325.7	
		2000	621 828.1	
		2001	633 048	
		2002	632 348	
		2003	623 532	
2211	AN LAENDER	1999	--	882
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2212	AN GEMEINDEN (GV.)	1999	597 638.1	883
		2000	590 857.5	
		2001	602 265	
		2002	601 471	
		2003	592 573	
2213	AN ZWECKVERBAEENDE	1999	22 577.6	887
		2000	22 812.2	
		2001	22 776	
		2002	23 531	
		2003	23 533	
2214	AN SONSTIGE VERWALTUNGEN	1999	9 110.0	881,884,885
		2000	8 158.4	
		2001	8 007	
		2002	7 346	
		2003	7 426	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0015 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
2220	ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN	1999	416 984.2	886,89
		2000	378 047.7	
		2001	385 429	
		2002	329 453	
		2003	304 937	
223	SONSTIGE VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	1999	1 290.0	
		2000	800.0	
		2001	820	
		2002	850	
		2003	870	
2231	AN LAENDER	1999	--	692
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2232	AN GEMEINDEN (GV.)	1999	1 200.0	693
		2000	710.0	
		2001	730	
		2002	760	
		2003	780	
2233	AN SONSTIGE VERWALTUNGEN	1999	--	691
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2234	AN ANDERE BEREICHE	1999	90.0	697,698,699
		2000	90.0	
		2001	90	
		2002	90	
		2003	90	
23	DARLEHEN	1999	56 352.0	
		2000	60 915.0	
		2001	60 026	
		2002	58 484	
		2003	57 382	
231	AN VERWALTUNGEN	1999	550.0	
		2000	550.0	
		2001	550	
		2002	550	
		2003	550	
2311	AN LAENDER	1999	--	852
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2312	AN GEMEINDEN (GV.)	1999	--	853
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2313	AN ZWECKVERBAENDE	1999	550.0	857
		2000	550.0	
		2001	550	
		2002	550	
		2003	550	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0016 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
2314	AN SONSTIGE VERWALTUNGEN	1999	--	851,854,855
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
232	AN ANDERE BEREICHE	1999	55 802.0	
		2000	60 365.0	
		2001	59 476	
		2002	57 934	
		2003	56 832	
2321	AN SONSTIGE IM INLAND	1999	55 802.0	856,861-863,87
		2000	60 365.0	
		2001	59 476	
		2002	57 934	
		2003	56 832	
2322	AN AUSLAND	1999	--	866
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
2400	ERWERB VON BETEILIGUNGEN UND AEBNLICHEM	1999	37 550.0	83
		2000	500.0	
		2001	500	
		2002	--	
		2003	--	
25	TILGUNGS-AUSGABEN AN VERWALTUNGEN	1999	828.4	
		2000	787.5	
		2001	547	
		2002	458	
		2003	397	
2510	AN BUND	1999	800.9	581
		2000	727.3	
		2001	485	
		2002	396	
		2003	335	
2520	AN LAF UND ERP	1999	6.2	584,585
		2000	6.2	
		2001	7	
		2002	7	
		2003	7	
2530	AN SONSTIGE VERWALTUNGEN	1999	21.3	582,583,587
		2000	54.0	
		2001	55	
		2002	55	
		2003	55	
3000	GLOBALE MEHRAUSGABEN - SOWEIT NICHT AUFGETEILT -	1999	48 956.1-	97
		2000	59 050.1-	
		2001	270 085-	
		2002	197 500-	
		2003	197 500-	
4	GESAMTAUSGABEN (AUSGABEN OHNE BESONDERE FINANZIERUNGSVORGAENGE - ZIFF. 1 BIS 3 -)	1999	14 547 484.3	
		2000	14 726 944.1	
		2001	14 832 656	
		2002	15 097 421	
		2003	15 272 627	

F I N A N Z P L A N 1999 BIS 2003

GRUPPIERUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH ARTEN

- 0017 -

GLD.- NR.	AUSGABEN	JAHR	ANSATZ IN TDM	GRUPPIERUNGS- ZIFFER BUND/LAENDER
5	BESONDERE FINANZIERUNGSVORGAENGE	1999	2 782 460.8	
		2000	3 433 925.3	
		2001	3 371 100	
		2002	3 383 688	
		2003	4 755 327	
51	TILGUNGS-AUSGABEN AN KREDITMARKT	1999	2 667 699.4	
		2000	3 430 176.3	
		2001	3 367 351	
		2002	3 379 939	
		2003	4 753 081	
5110	FUER KREDITMARKTMITTEL	1999	2 547 667.2	595
		2000	3 410 143.9	
		2001	3 332 318	
		2002	3 259 905	
		2003	4 538 057	
5120	FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN	1999	--	593
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
5130	AN SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER	1999	5 032.2	592
		2000	32.4	
		2001	10 033	
		2002	10 034	
		2003	24	
5140	AN SONSTIGE	1999	115 000.0	591,596
		2000	20 000.0	
		2001	25 000	
		2002	110 000	
		2003	215 000	
5200	ZUFUEHRUNG AN RUECKLAGEN	1999	11 249.0	91
		2000	3 749.0	
		2001	3 749	
		2002	3 749	
		2003	2 246	
5300	DECKUNG VON VORJAHRESFEHLBETRAEGEN	1999	103 512.4	96
		2000	--	
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
6	ZU- UND ABSETZUNGEN	1999	14 928.0	
		2000	15 698.2	
		2001	15 674	
		2002	15 809	
		2003	16 043	
6400	NETTOSTELLUNGEN (VERRECHNUNGEN U.AE.)	1999	14 928.0	98
		2000	15 698.2	
		2001	15 674	
		2002	15 809	
		2003	16 043	
7	ABSCHLUSS-SUMME DER HAUSHALTE (ZIFF. 4+5+6)	1999	17 344 873.1	
		2000	18 176 567.6	
		2001	18 219 430	
		2002	18 496 918	
		2003	20 043 997	

